

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,  
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Bearbeitet und herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. s. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Nummer 29.

Berlin, den 19. Juli 1908.

9. Jahrgang.

## Kollegen, arbeitet eifrig am Ausbau und der Stärkung des Verbandes!

### Inhaltsverzeichnis.

Zukünftige Aufgaben in der Gewerkschaftsbewegung. — Der 6. sozialdemokratische Gewerkschaftskongress. — Rundschau: „Streng vertraulich.“ Staatsanwalt und Rechenverband. Wer verhürt die Durchführung der sozialen Gesetze? Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ und die „Sozialabteilungstheorie“. Wer schaut die Öffentlichkeit? Der Liberalismus und die „Gelben“. Anarchosocialisten und Sozialdemokratie. — Wirtschaftliche Bewegung. — „Hebung“ des Arbeitertumors auf dem Lande. — Beiträge eines Nachwanderers über die Bezirkskonferenz in Posen. — Tuberkulose-Kämpfung. — Verbandsnachrichten: Warmen-Oberfeld, Düsseldorf, Erkenschwick, Börsenkirchen, Posen, Großenbrunn, Königsberg, Mühlheim (Ruhr), Almbrach, Trier, Memmingen. — Der Steinarbeiter. — Aus unseren christlichen Verbänden. — Volkswirtschaftliches und Soziales. — Soziale Wahlen. — Von den Arbeitsstellen. — Literarisches. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Bekanntmachung. — Sterbetafel.

### Zukünftige Aufgaben in der Gewerkschaftsbewegung.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist in den letzten Jahren bedeutend erstaunt; ihr Einfluss ist nach jeder Richtung gewachsen. Diejenigen, die die Gewerkschaftsbewegung nicht weiter kennen, und in ihr nur ein Werk erblicken, das von „Agitatoren“ geschaffen sei, um den angeblich vorhandenen „Frieden“ zu stören, dürften nachgetragen haben, daß nur dieserliegende Gründe eine solche Entwicklung ermöglichen könnten. Es scheint, daß mit den Entwicklung, die sich im vorigen Jahrhundert auf ökonomischem Gebiete vollzogen haben, vertraut ist, daß es schwer sein, sich die Erstärkung der Gewerkschaftsbewegung zu erklären. Nachdem Deutschland zum Industriestaat geworden und Millionen von Arbeitern die Möglichkeit mehr und mehr fühlten, nachdem das Verständnis der Arbeiterschaft so weit gediehen war, die Unfreiheit des geistlich festgelegten „freien“ Arbeitsvertrags und dessen Folgen einzusehen, mußte der Zusammenschluß der Arbeiter in Organisationen erfolgen.

Das Programm, das die Gewerkschaften auf ihre Fahne geschrieben hatten, war ein zugkräftiges. Der Arbeiterstand, der sich in dem vorigen Jahrhundert erst entwickelt und in dem Bau der überlieferter Staats- und Gewerkschaftsordnung keinen Raum fand, um sich eine der Zeit entsprechende Existenz zu sichern, mußte sich diese Zeit erkämpfen. Es galt, die Rechte, die zum Teil schriftlich schon festgelegt oder auch noch gar nicht vorhanden waren, zu erringen. Hierzu war die gewerkschaftliche Organisation, wie die Erfahrung bewiesen hat, gewiß geeignet. Mit flammender Begeisterung wurde den Kollegen in den Versammlungen klar gezeigt, welche Ziele sich die Gewerkschaftsbewegung gestellt habe. Besseres Einkommen, Verkürzung der Arbeitszeit, Sicherung gegen die Gefahren, die die Arbeit mit sich bringt, anständige Behandlung und so ähnlich wurden die Forderungen formuliert.

Die Zeit hat sich geändert. Wohl ist die Zahl derjenigen, die keiner Organisation angehören, auch im Bauwesen noch sehr groß. Daß diesen aber die Ziele der Organisation unbekannt seien, wird man bei der Mehrzahl kaum behaupten können. Auch auf gewerkschaftlichem Gebiete hat sich ein merklicher Umschwung vollzogen. Die Klassenkämpfe der letzten Jahre haben die Auseinandersetzung auf sich gelenkt und bewirkt, daß die Öffentlichkeit die Erstärkung der Gewerkschaftsbewegung anerkannt hat. Auch die Reichsregierung, die noch im Jahre 1898 durch sozialdemokratischen Einflüssen zufolge das berühmte Buchausgebot einbrachte, durch das die Organisationen verpflichtet werden sollten, mußte ihre Ansicht revidieren. War es doch dieselbe Persönlichkeit, die als Vertreter der verbündeten Regierungen das Buchausgebot einbrachte, die später zu wiederholten Malen im Reichstag die Notwendigkeit der Arbeiterorganisationen betonte, trotzdem die Schriftsteller ihre giftigen Heile nicht schonten.

Der zweite christliche Arbeiterkongress wurde gleichfalls von Regierungsvertretern besucht. Man mag über die Worte, die von dem Staatssekretär gesprochen wurden, eine eigene Meinung haben, deshalb bleibt doch die Lage bestehen, daß auch die Regierung über die Gewerkschaften heute anders urteilt als vor einigen Jahren.

Wohl am wichtigsten ist die Wandlung, die sich in Arbeitgeberkreisen vollzogen hat, und der gegenüber auch die Gewerkschaften ihre Taktik einrichten müssen. Die Unternehmer, die anfangs gar nicht oder in Tumulten organisiert waren, sind heute in verhältnismäßig starke Organisationen vereinigt. Dieselben Unternehmer, die noch vor drei Jahren im Kupfervier mit den Rentenstiftungen verhandeln wollten, vertreten jetzt den entgegengesetzten Standpunkt. Die Klugheit hat auch den Unternehmern im Baugewerbe längst gelehrt, daß es für sie un-

möglich ist, die Organisation zu ignorieren. Aus örtlichen Verträgen sind Tarife für größere Bezirke geworden, und der Reichstarif im Baugewerbe ist nur noch eine Frage der Zeit. Würde weiter keine Wandlung sich vollzogen haben als die, welche in den Tarifverträgen begründet liegt, so müßte schon die Agitation von anderen Gesichtspunkten geleitet werden. Doch es treten noch andere Momente hinzu. Die Rechtsfähigkeit der Berufsbereiche ist eine Forderung der Gewerkschaftsbewegung, desgl. die rechtliche Regelung der Tarifverträge. Die Wissenschaft hat zu den meisten Fragen, die die Arbeiterschaft berühren, Stellung genommen und im Prinzip ist heute die Förderung, den Berufsbereichen Rechtsfähigkeit zu verleihen, auch von den gesetzgebenden Körperschaften anerkannt; es handelt sich nur um das Wie? Ist unsere Kollegenschaft sich auch der Konsequenzen bewußt, wenn diese Forderungen Geiß werden? Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung auch Pflichten bringen wird, wenn sie Rechte verlangt. Daß hiermit eine größere Reife, ein tieferes Verständnis verbunden sein muß, unterliegt keinem Zweifel. In Zukunft ist mit langjährigen Tarifen wahrscheinlich zu rechnen, und auch diese setzen mehr volkswirtschaftliche Kenntnis bei allen Mitgliedern voraus. Wenn dieses Jahr in einzelnen Bezirken opponiert würde gegen den Tarifabschluß, so beweist das nur, daß es solche waren, die Mögliches und Unmögliches nicht zu unterscheiden vermögen.

Wurde bislang die materielle Seite in der Agitation scharf betont, so wird in Zukunft mit aller Entschiedenheit auch die geistig-sittliche Hebung der Arbeiterschaft gefordert werden müssen. Die Kämpfe um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen werden unter den abwehrenden Verhältnissen nicht verschwinden. Doch je weiter Entwicklung ist in der Gewerkschaftsbewegung nutzbar, wenn auch die geistige Befähigung gleichen Schritt hält. Die in der Agitation tätigen Kollegen müssen hierfür das Verständnis wecken. Selbstverständlich steht das bei allen, die als Führer in der Organisation wirken, ein eingehendes Studium voraus. Denn nur eine tüchtige Leitung wird imstande sein, das Interesse für die Organisation wachzuhalten. Daß der Emanzipationskampf der Arbeiterschaft eines dauernden Idealismus voraussetzt, ist ganz klar. Soll die Arbeiterschaft sich die Gleichberechtigung erringen, will sie mitbestimmen und mitwirken, dann kann das nur geschehen, wenn alle Kraft aufgewandt wird, die freien Stunden dazu benutzt werden, um in das komplizierte Räderwerk der Volkswirtschaft Einblick zu gewinnen und alles Utopistische aus der Gewerkschaftsbewegung fernzuhalten.

F. G.

### Der 6. sozialdemokratische Gewerkschaftskongress.

In einer Reihe bürgerlicher Zeitungen ist der diesjährige sozialdemokratische Gewerkschaftskongress, der in der Woche vom 22. bis 27. Juni in Hamburg tagte, als der „ruhige“ bezeichnet worden. Das wahrscheinlich im Hinblick auf frühere Kongresse, wo die Meinungen in heftigerer Form auseinanderplakten. Man soll sich nicht durch Neuerlichkeiten täuschen lassen. Sagt doch selbst der „Vorwärts“, daß die Hizköpfe auf beiden Seiten geschwiegen hätten. Daß läßt auf tiefegehende Meinungsverschiedenheiten schließen, deren öffentliche Haltung lediglich taktischen Rückichten entspringt. Seit den „Dresdener Jungbrünnchen“ hat sich innerhalb der Sozialdemokratie eine starke Abneigung gegen das „öffentliche Waschen schmutziger Wäsche“ herausgebildet, und möchte man der Welt ein zweites Mal nicht ein gleiches Schauspiel bieten. Die Ausstragung starker Gegensätze ist seitdem hinter verschlossene Türen verlegt worden. Auch dem diesjährigen Gewerkschaftskongress ging eine geheime Vorstandskonferenz voraus, die sich, wie das „Korrespondenzblatt“ schreibt, mit internen Angelegenheiten beschäftigte. Verschiedene Neuverfassungen auf dem Kongress lassen darauf schließen, daß hier die taktische Handhabung der Geschäfte zur Vermeidung größerer Kollisionen beraten und festgelegt worden ist. Ein gewichtiger Faktor ist die augenblickliche Konjunktur, die bei den schwierigen Wirtschaftsverhältnissen die Vermeidung jeder inneren Schwierigkeit ratsam erscheinen läßt.

Vertreten waren auf dem Kongress 153 Verbände mit 1.865.000 Mitgliedern. Darunter 118.908 weibliche, die von 74.411 im Vorjahr auf diese Zahl gestiegen sind. Die Einnahmen der Generalkommission betrugen von 1905 bis 1907: 934.269 M. die Ausgaben 570.896 M. Die Einnahmen für Streiks betrugen 655.742 M. die Ausgaben 647.273 M. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften sind im Jahre 1907 um 4,1 prozent, die christlichen Gewerkschaften um 9,5 Prozent gestiegen. Die Tagesordnung des Kongresses um-

fäßte zehn Punkte, zu deren Erörterung uns allerdings der Raum mangelt. Wir streifen daher nur die wichtigsten.

Ein steigendes Interesse bringt die Sozialdemokratie den Frauen entgegen. Die Bedeutung der Frau im modernen Wirtschaftsleben erfordert ihre Heranziehung zu den wirtschaftlichen Interessenvertretungen. Weit wichtiger erscheint der Sozialdemokratie die Frau als Erziehungssubjekt im politischen Sozialdemokratie. Durch alle Erörterungen der die Arbeiterrinnen und Dienstboten betreffenden Fragen zieht sich wie ein roter Faden: Wie erziehen wir die Frauen zum Sozialismus? Die Meinungen gehen da allerdings mitunter weit auseinander, die jedoch in der Hauptsache faktischer Natur sind. So erklärt sich die Arbeiterscretärin Ultmann gegen jede Frauenzeitung und auch gegen die „Frauenrede“ im „Vorwärts“, da aus dem Getrenthalten der Geschlechter sich deren Unterdrückung herleite. Eine starke Strömung besteht in Gewerkschaftskreisen gegen die sozialdemokratische Frauenzeitung „Die Gleichheit“, die die weiblichen Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften heute als ihr Gewerkschaftsorgan erhalten. Das Organ scheint ihnen für „zurückgebliebene“ Gegenden als zu offen und zu radical, was bei dem Radikalismus der Frau Clara Zetkin, die die „Gleichheit“ leitet, nicht auffallen kann. Aber in „zurückgebliebene“ Gegenden ist es für die sozialdemokratischen Gewerkschaften tatsächlich klüger, unter dem bekannten „neutralen“ Mäntelchen zu operieren. Es wird daher nur eine Frage der Zeit für die Schaffung eines gewerkschaftlichen Frauenorgans sein, das diesen „Ansprüchen“ genügt. Eine Resolution, die die Einberufung einer Dienstbotenkongress und deren Organisierung auf dem Boden der modernen Gewerkschaftsbewegung fordert, wurde angenommen. Ebenso wurde die bereits im Jahre 1905 in Köln gefasste Resolution, wonach die Angehörigen der sozialdemokratischen Gewerkschaften verpflichtet sind, ihre im Gewerbe oder der Heimarbeit tätigen Frauen und Mädchen den freien Gewerkschaften zuzuführen sollen, in der schärfster Form wiederholt.

Starf ins Komische gehen die jahrelangen Streitigkeiten über die Maifeier. Die Unentwegten halten an ihr fest, dagegen möchten andere, besonders die Gewerkschaftsführer, sie am liebsten in die Rumpelkammer zum alten Eisen werfen. Bei der „Selbständigkeit“ der „freien“ Gewerkschaftsbewegung kann diese jedoch nicht über den Beschuß des internationalen Sozialistenkongresses in Amsterdam hinweg, der die Grundzüge für die Arbeitsruhe am 1. Mai festlegte. Die Maifeier scheitert jedoch in der Regel am „schwarzen Mammon“, da sowohl die Partei wie die Gewerkschaften sich von den aus der Maifeier entstehenden Kosten durch Absprungen usw. drücken möchten. Nun hat die Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Partei eine Vereinbarung getroffen, wonach die Kostendeckung den örtlichen Instanzen aufgeladen wird. Diese wehren sich dagegen und betonen, das bedeute den Tod der Maifeier. Die Debatte zeigte interessante Intermezzos. So führte Cohen (Berlin, Metallarbeiter) nach dem „Vorwärts“ unter anderem aus:

„Wir haben das größte Interesse daran, die Hauptkasse der Gewerkschaften nicht mit der Maifeierunterstützung zu belasten. Wir können nicht dieses Entlastungsgericht als Ballast an den Beinen herumschleppen. Einige Schwärmer mit gutem Willen, die aber nicht mit den Beinen auf der Erde stehen, möchten ja die Arbeitsruhe um jeden Preis durchsetzen, aber dann müßten die Gewerkschaften alle ihre Einnahmen der Maifeier opfern. Ob das befriedigt, weiß ich angefangt des Schlags der Buchbinder und der Berliner Metallarbeiter nicht. (Seiterfeind.) Uns ist in den Großbetrieben durch die Streitigkeiten über Feiern und Nichtfeiern eine zehnjährige Organisationsarbeit vernichtet worden und ein Schaden entstanden, den kein Geld wieder gutmachen kann. Mit einem Schlag ist die Arbeit von Hunderten und Tausenden von Kollegen vernichtet worden. Nicht nur finanziell, auch moralisch hat unser Verband Niederlagen erlitten. Wer es mit der Großindustrie und einem brutalen Unternehmertum zu tun hat, muß vorsichtig sein. Im Interesse der Arbeiter und der Gewerkschaften verlangen wir für die Arbeitsruhe am 1. Mai doppelte Vorsicht.“

Neumann (Hamburg, Holzarbeiter) meinte:

„Wenn nun aus den Zentralställen die Maifeierunterstützung gezahlt wird, müssen dann nicht die Kollegen in den kleinen Orten sich sagen: Wir zahlen und zapfen, unsere Lohnbewegungsansprüche werden zurückgewiesen, nur weil sich Hamburg oder Berlin wieder einmal eine kostspielige Maifeier geleistet haben.“

Lagegen führte Senoll (Berlin, Steinseher) an:

„Die Steinseher haben stets den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert aus Idealismus und ohne Unterstützungen. Nebenbei sollte man die Unterstützungsfrage nicht so sehr in den Vordergrund schieben. Die Maifeier ist die Revolution eines Tages, die Empörung, die schrankenlose Freiheit. Wollen Sie eine Revolution auch abhängig machen von dem Vorhandensein ausreichender Unterstützungen?“

Die Vereinbarung wurde schließlich angenommen, doch soll die Generalkommission mit dem Parteivorstand noch einmal über die Frage verhandeln.

Umschließend an den Bericht über das Zentral-Arbeitssekretariat durch Robert Schmidt (Berlin) hielt Seelje (Hamburg) einen Vortrag über die Vertretung der Rechtsuchenden durch die Arbeiter- und Gewerkschaftsssekretäre vor Gericht. Den Ausführungen Seeljes, deren Förderung in der Zusammensetzung der Arbeiter- und Gewerkschaftsssekretäre zur Vertretung Rechtsuchender bei den Gerichten gipfelte, kann man durchaus zustimmen. Der heutige Zustand hat schon erhebliche Nachteile für manchen Arbeiter im Gefolge gehabt.

Mit dem Bohkott als gewerkschaftlichem Kampfmittel sind nicht immer gute Erfahrungen gemacht worden. Der Bohkott dient den sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht nur als ein Mittel zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch um weiterstrebende Unionen der „freien“ Gewerkschaften zuzuführen, oder um Andersorganisierte zu entföhnen. Der Referent Ullmann (Hamburg) vom sozialdemokratischen Bäderverband, ging nur auf die erste Frage ein, soweit der Massentonsum der Arbeiter bei Lohnkämpfen in der Bekleidungsindustrie, der Nahrungs- und Genussmittelindustrie und noch einiger anderer Gewerbe in Betracht kommt. Eine langatmige Resolution, die den Bohkott als gewerkschaftliches Kampfmittel anerkennt, wurde angenommen, jedoch zu großer Vorsicht bei der Anwendung gemahnt.

Zur Erziehungsfrau der Jugend nahm der Kongress eine Resolution an, wonach die Schaffung besonderer Jugendorganisationen zu bestem Zweck für nicht notwendig betrachtet wird. Diese Aufgabe soll den Gewerkschaftsführern und örtlichen Parteioorganisationen unter Hinzuziehung einiger Vertreter der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zufallen. Die Entscheidung über Fragen der wirtschaftlichen Interessentretung und politischen Parteifragen steht nur den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu. Die Resolution stellt eine Vereinbarung zwischen der Generalkommission und der Partei dar. In den Reihen der Gewerkschaftsführer scheint eine starke Abneigung gegen die sozialdemokratischen Jugendvereine, à la die junge Garde, zu bestehen. Letztere dagegen haben wieder starke Protestoren, die sich vornehmlich aus den radikalen Studentenkreisen rekrutieren. So ist denn auch nachträglich ein ziemlicher Streit über die Ausführungen Robert Schmidts, der die Jugendlichenfrage auf dem Kongress behandelte, im „Vorwärts“ entstanden. Schmidt erblieb in den politischen Jugendvereinen etwas überflüssiges und auch gefährliches, da sie sich dem romantischen Antimilitarismus hingaben. Die Gewerkschaften könnten die Erziehung der jungen Leute, ohne besondere Organisationen, in die Hand nehmen. Die Hauptaufgabe sei Förderung der allgemeinen Bildung und die Pflege sportlicher Übungen. In einem gesunden Körper wohne auch ein gesunder Geist. Er ist jeder Vereinsmeierei der Jugendlichen abhold. Gegenüber den christlichen Jugendvereinungen mit ihren hindertauenden Mitgliedern bedeuteten die 10 000 tote Jugendvereinset nichts. Besonders wehrt sich Schmidt gegen die Namhaftung der jungen Leute; die Gewerkschaften und, wie er vom Vorstand gehört habe, auch die Partei, wollen sich in ihren Entscheidungen nicht von den jugendlichen dreinreden lassen. Höhnisch weist er darauf hin, wie in Stuttgart die internationale Jugendkonferenz in nicht gerade erhebender Weise, aber mit außerdörflichem Tantam, über die wichtigsten politischen Fragen abgestimmt habe, und wie schon hier das „Weltbewußtsein“ und der Stolz, Träger einer großen Idee“ zu sein, zum Ausdruck gekommen sei. Das läuft auf keine hohe Meinung von den roten Jugendvereinen schließen, die jedenfalls auf praktischer Erfahrung beruht. Aber schon melben sich Stimmen: wird sich die Jugend die Bevormundung durch die Alten gefallen lassen? Simon Rakestein fürchtet im „Vorwärts“, das könnte manchen „der eitigen und feutigen der jungen Leute“ den Anarchisten in die Arme treiben, die stets ihre Arme offen halten. Das zeigt, auf wie schwachen Füßen sich die gesamte sozialistische Jugenderziehungsfrage bewegt. Ihr fehlt der Untergrund, das Fundament.

Neben die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland referierte der sozialdemokratische Reichstagabgeordnete Mosenbuh in bekanntem, sozialdemokratischem Sinne, so daß sich ein Eingehen daraus erübrigte. Weiter beschäftigte sich noch der Kongress mit der Regelung von Grenztreitigkeiten, wobei es zu jähren Debatten kam, wobei die „Frankfurter Zeitung“ sagt, „man könne glauben, in die seligen Zeiten des Kunstuweins zurückversetzt zu sein, in jene Zeiten, in denen die Bäder mit den Zisterndächern um die „Streppel“ prozessierten und noch tanzend andere Prozeße um die Abgrenzung der Gewerbe geführt wurden.“ Ferner wurde ein Abkommen über die Regelung der Arbeitsverhältnisse der Angestellten in den Konsumentvereinen getroffen.

Von Paeplow (Hamburg, Maurer) wurde zum Schlus folgende Resolution eingeführt:

„Der sechste Kongress der deutschen Gewerkschaften nimmt Kenntnis von der am dem Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart beschlossenen Resolution, betreffend die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Partei, und spricht den Befehl aus, daß alle der Generalkommission angehörenden Gewerkschaften ihre Mitglieder in diesem Sinne erziehen mögen.“

Diese Resolution war dem „Fehlenden des neutralen“ Baudenkmälerverbands, Döblin, aus leicht begreiflichen Gründen sehr abqueuem; er meinte, es sei besser gewesen, wenn sie nicht erzielen sei. Da die deutsche Gewerkschaftsdelegation auf dem internationalen Kongress in Stuttgart der gleichen Resolution bereits zugestimmt hatte, wurde die Drage für erledigt erklärt. In seinem Schluswort erläuterte Döblin, welcher dem Kongress präsidierte, daß es grundsätzliche Differenzen zwischen der Partei und den Gewerkschaften nicht mehr gibt. Mit jener klare Zweck an diese grundsätzliche Einigkeit, oder aber die Partei muss sich der Gewerkschaft fügen. Damit ist der erste Schritt zur Vereinigung der sozialdemokratischen Partei getan, wozu der diesjährige Kongress der „freien“ Gewerkschaften ja schon in manche Anwendungen zeigte.

## Kundschau.

**Urgesetzgebung.** Unter dieser Wohlung verjedet die Sachverständige Baugewerkschaftsgesellschaft folgendes Reptoir an ihre Mitglieder:

**Wichtigste sozialpolitische Baugewerkschaftsgesetzgebung.**

Die Mitglieder werden hiermit dringend gebeten, eine Kontrollkarte ihres inneren Werkes zu kaufen, welche sich

als technische Wissenschaftsbeamte der Genossenschaft genügend legitimieren oder als städtische Beamte ausweisen, zu verhindern.

Es stehen sozialdemokratische Baubehörden durch die Bande und verbreiten Schreckensbilker von den Missständen auf Bauten, die meist unkontrollierbar sind, aber doch im Fleißig benutzt werden, um auf eine gesetzliche Einführung der Kontrolle durch Arbeiter hinzustreben.

Wer nicht will, daß das Baugewerbe unter die Herrschaft der Sozialdemokratie kommt, verhindere die Revisionen durch angehörige Kontrollen und weise sie von den Betriebsräten zurück.

Ebersfeld, 3. Juni 1908.

**Der Genossenschaftsvorstand.**  
Dieser „Schreckenruf“ ist wirklich lästig. Wie mögen da manchem Bauunternehmer, den es angeht, die Knie schlottern. Und wie mögen sie länglich besorgt sein, daß kein Unberufener diese „Musterstätten“ in Augenschein nimmt. Die ernste Seite ist allerdings die, daß nicht etwa die Berufsgenossenschaftsmitglieder in erster Linie auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften hingewiesen werden, sondern — auf die Fernhaltung jeglichen Einblicks in die Betriebsverhältnisse, auch wenn Missstände vorhanden sind. Und um einen vollständigen Effekt zu erzielen, muß der Wauwau mit den Sozialdemokraten herleben. Das ist bei den Schriftmachern immer der Weisheit leidet Schrift. Mit der Einführung von Arbeiterrontrollen kommt das Baugewerbe nicht unter die Herrschaft der Sozialdemokratie, sondern unter eine Kontrolle, welche den praktischen Bedürfnissen dient. Das ist deutlich in jenen bayerischen Städten bewiesen, in denen sie bereits eingeführt ist.

**Staatsanwalt und Bechenverband.** Wer ein Vor gehen des Staatsanwalts gegen den terroristischen Bechenverband der rheinisch-westfälischen Grubenbesitzer erwartete, sollte nicht auf seine Rechnung kommen. Für uns bedeutet das keine Überraschung. Auf einen Antrag auf Einsichtung des Strafverfahrens gegen den Bechenverband erhielt der Kollege Behrens folgende Antwort:

Der Exce Staatsanwalt beim Königlichen Landgericht.

Essen, den 28. Juni 1908.  
Auf Ihre Eingabe vom 12. Juni 1908 betreffend das von der Geschäftsführung des Bechenverbandes aufgestellte und somit den Vereinszwecken mitgeteilte Verzeichnis der Arbeiter, die unter Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt haben, eröffne ich Ihnen, daß ich mich zu einem strafrechtlichen Einschreiten nicht veranlaß sehe.

Sofern in dem erwähnten Verzeichnis, wie Sie behaupten, Arbeiter aufgeführt sein sollten, die nicht unter Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt haben, kann in der Aufnahme solcher Arbeiter in das Verzeichnis, verbunden mit der Veröffentlichung desselben, der Tatbestand des Vergehens gegen § 186 St. G.-D. (der üblichen Nachrede) gefunden werden. Abgesehen davon, daß das strafrechtliche Einschreiten in dieser Richtung von dem Strafantrag der Beteiligten selbst abhängig gemacht ist, würde auch ein öffentliches Interesse zur Erhebung der öffentlichen Klage, wodurch nach § 414 St. P.-D. die Berechtigung der Staatsanwaltschaft zum Einschreiten abhängig gemacht ist, nicht gegeben sein, so daß es den Beteiligten überlassen müßte, den Weg der Privatklage zu beschreiten.

Im übrigen kommt der Tatbestand irgendeiner gesetzlich unter Strafe gestellten Handlung nicht in Frage und enthält das Vor gehen des Bechenverbandes oder seiner Geschäftsführung insbesondere keine Zu widerhandlung gegen die §§ 240 oder 253 St. G.-D. oder § 153 St. P.-D., wie schon der Wortlaut dieser Strafbestimmung ergibt.

(ges.) Egger.

An Herrn Franz Behrens

in

Essen.

Dazu bemerkte die „Soziale Praxis“:

Wir sind mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß auf die Verjährungsklärungen des Bechenverbandes gegen den kontraktbrüchigen Arbeiter wieder § 153 St. P.-D. noch §§ 240 oder 253 St. G.-D. ohne künftliche Verzerrung der strafrechtlichen Begriffe Anwendung finden können, sondern nur ein zivilrechtlicher Erlassanspruch aus der missbräuchlichen Aussperrung den verfeindeten Arbeitern erwächst. Anders aber steht es mit den Verbandsabzäugungen, die sich auf das Verhalten der Bechenbesitzer zu den Verbandsverabredungen beziehen und die Mitglieder durch Androhung von Geldstrafen zur Mitwirkung an diesen gemeinsamen Hungerektionen gegen die vertragsschädigten Arbeiter bestimmen wollen. Dieser Elementare Verstoß gegen § 153 St. P.-D. muß dem Staatsanwalt zu Laß zum Einschreiten geben, wenn der Glaube, daß das verdeckte Kooperationsrecht wenigstens gleichmäßig gegen Arbeitgeber und Arbeiter Anwendung findet, nicht neuen Schaden leiden soll. Die Angabe der „Königl. Sig.“, daß die Sitzungen des Bechenverbandes den Beförder vorgelegt und von diesen genehmigt worden sind, ändert daran nichts.

Damit stimmen wir überein. Es ist eine missbräuchliche Aussperrung, und ohne Zweifel gegen das Gesetz verstörend, wenn über kontraktbrüchige Arbeiter außer der Einhaltung eines Wochenlohns für ihren Kontraktbruch, wie es das Gesetz vorsieht, noch eine sechmonatliche Ausförderung durch den Bechenverband verhängt wird. Und erst die Nichtkontraktbrüchigen, die ebenfalls von der Spere betroffen worden sind? Über die gleichmäßige Anwendung des § 153 der G.-D. wollen wir gar nicht reden. In Arbeiterkreisen ist allgemein die Meinung verbreitet, dieser Paragraph sei nur für die Arbeiter da. Dem ist nunmehr wieder neue Nahrung zugeführt worden.

**Wer verbürgt die Durchführung der sozialen Gesetze?** Gesetze sind leichter zu schaffen, als durchzuführen. Das ist eine alte Erfahrung. Selbst der beste Wille einer Regierung reicht nicht zur Durchführung eines Gesetzes hin, wenn nicht die Mitwirkung und Zustimmung aller unter das betreffende Gesetz fallenden Personen vorhanden ist. Das befürwortete auch der französische Arbeitsminister Biagioli in einer Rede, die er am 5. Juli in Paris hielt. Er führte aus:

„Ich gehöre nicht zu denen, die die Behauptung vertreten, daß die im „Journal Officiel“ veröffentlichten Gesetze hinreichend, um einen sozialen Zustand zu ändern. Es ist ein Mythos, den das Proletariat vielleicht zu lange gehabt hat, anzunehmen, es genüge, daß Gesetze angenommen und verabschiedet werden, um durchgeführt werden zu können. Dieser Mythos hat zu viele bedenkliche Missverständnisse genährt, als daß ich in meiner Eigenschaft als Mitglied der Regierung und des Parlaments, diesen Gläubern nicht energisch beikämpfen. Das ist politische Gesetze wahr ist, trifft für soziale nicht zu. Diese sozialen Gesetze werden oft nicht verstanden und es muss zeigen, daß die Regierungstätigkeit nicht ihnen hindreicht, um ihnen zur Nutzung und zur Durchführung zu verhelfen. Wenn es die Regierung in der Lage, ihre Gesetze zur Durchführung zu bringen, aber es würde nicht nie darin gelingen, in einem Lande zu leben, in dem die sozialen Gesetze den Arbeitgebern durch die Senatorien und die Gouverneure aufgezwungen werden müßten. Sie müssen die moralische Zustimmung der Bevölkerung erhalten, und dazu muss

die wissen, was sie wollen, und die die angenommenen Gesetze aus den Händen des Parlaments entgegennehmen ehrlich durchstudieren, sie begreifen und an ihrer Durchführung arbeiten.

Das kann man zu einem guten Teil auch auf deutscher Weise anwenden. Zur inneren Zustimmung gehört die Wirkung bei der Schaffung sozialer Gesetze, und dazu kann sich bei uns auch heute noch schlecht entschließen. Es hat die Sozialdemokratie daran nicht einen geringen Teil gespart. Die Durchführung der sozialen Gesetze erfordert deren Kenntnis, und maßvolle aberslug geführte Organisationen. Das müssen wir jenen Politikern auf der Bierbank immer Augen führen, daß es besser ist, statt zu schimpfen, praktizieren. Und wie der französische Minister am Schlusse seiner Rede die Arbeiter aufforderte, sich ihren Berufsverbänden anzuschließen, um an der Durchführung der sozialen Gesetze mitzuwirken, können auch wir nur das gleiche unseren Kollegen zutrauen. In der Organisation ruht das Geheimnis.

**Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ und die Fachabteilungstheorie.** In einem längeren Artikel, betitelt „Was lehrt die „Deutsche Arbeitgeberzeitung““, lesen wir folgendes: „In London hat ein von Mitgliedern aller Grade stattgefunden, auf dem das Verhältnis der Kirche zum Sozialismus eingehend erörtert wurde. Befremdet liest man in den Berichten über die Verhandlungen wie immer wieder die Schreie dessen, der nicht müde wird wiederholen, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei, als politisches Programm aus- und umgedeutet wird. Da hat großes Interesse erklärt, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei, als auf einem lediglich sozialen Grunde und dieses Faktum bedingt die Stellung der Kirche bedinge, diese könne sich niemals einem Wirtschaftssystem befrieden, das auf dem Bettelbetrieb beruhe. Und der Bischof von Birmingham hat eine beigelegte Rede gehalten, in der er die Kirche aufforderte, als Rettung für die Unterdrückten und Schwachen aufzutreten, und niemand darf sie es unternehmen sich auf die andere Seite zu schlagen. Es ist schwer verständlich, wie sich dieses Missverständnis hat einbürgern können, deren eigentlichen Verträge auf sich selbst beziehen sollte, den ärmeren und inneren Menschen, äußere und innere Welt streng auseinander zu halten. Welt und Sittenlehre haben es ganz ausschließlich mit dem inneren Menschen zu tun. Mag er reich oder arm, Herr oder Knecht vor dem Forum der Welt kommt nur die Bestimmung in Betracht und wir wissen, daß diese ganz unabhängig von den äußeren Verhältnissen ist. Jugend und Elster sind im Prunkgenuß der Mächtigen, wie immer wieder die Schreie dessen, der nicht müde wird wiederholen, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei, als politisches Programm aus- und umgedeutet wird. Da hat großes Interesse erklärt, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei, als auf einem lediglich sozialen Grunde und dieses Faktum bedingt die Stellung der Kirche bedinge, diese könne sich niemals einem Wirtschaftssystem befrieden, das auf dem Bettelbetrieb beruhe. Und der Bischof von Birmingham hat eine beigelegte Rede gehalten, in der er die Kirche aufforderte, als Rettung für die Unterdrückten und Schwachen aufzutreten, und niemand darf sie es unternehmen sich auf die andere Seite zu schlagen. Es ist schwer verständlich, wie sich dieses Missverständnis hat einbürgern können, deren eigentlichen Verträge auf sich selbst beziehen sollte, den ärmeren und inneren Menschen, äußere und innere Welt streng auseinander zu halten. Welt und Sittenlehre haben es ganz ausschließlich mit dem inneren Menschen zu tun. Mag er reich oder arm, Herr oder Knecht vor dem Forum der Welt kommt nur die Bestimmung in Betracht und wir wissen, daß diese ganz unabhängig von den äußeren Verhältnissen ist. Jugend und Elster sind im Prunkgenuß der Mächtigen, wie immer wieder die Schreie dessen, der nicht müde wird wiederholen, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei, als politisches Programm aus- und umgedeutet wird. Da hat großes Interesse erklärt, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei, als auf einem lediglich sozialen Grunde und dieses Faktum bedingt die Stellung der Kirche bedinge, diese könne sich niemals einem Wirtschaftssystem befrieden, das auf dem Bettelbetrieb beruhe. Und der Bischof von Birmingham hat eine beigelegte Rede gehalten, in der er die Kirche aufforderte, als Rettung für die Unterdrückten und Schwachen aufzutreten, und niemand darf sie es unternehmen sich auf die andere Seite zu schlagen. Es ist schwer verständlich, wie sich dieses Missverständnis hat einbürgern können, deren eigentlichen Verträge auf sich selbst beziehen sollte, den ärmeren und inneren Menschen, äußere und innere Welt streng auseinander zu halten. Welt und Sittenlehre haben es ganz ausschließlich mit dem inneren Menschen zu tun. Mag er reich oder arm, Herr oder Knecht vor dem Forum der Welt kommt nur die Bestimmung in Betracht und wir wissen, daß diese ganz unabhängig von den äußeren Verhältnissen ist. Jugend und Elster sind im Prunkgenuß der Mächtigen, wie immer wieder die Schreie dessen, der nicht müde wird wiederholen, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei, als politisches Programm aus- und umgedeutet wird. Da hat großes Interesse erklärt, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei, als auf einem lediglich sozialen Grunde und dieses Faktum bedingt die Stellung der Kirche bedinge, diese könne sich niemals einem Wirtschaftssystem befrieden, das auf dem Bettelbetrieb beruhe. Und der Bischof von Birmingham hat eine beigelegte Rede gehalten, in der er die Kirche aufforderte, als Rettung für die Unterdrückten und Schwachen aufzutreten, und niemand darf sie es unternehmen sich auf die andere Seite zu schlagen. Es ist schwer verständlich, wie sich dieses Missverständnis hat einbürgern können, deren eigentlichen Verträge auf sich selbst beziehen sollte, den ärmeren und inneren Menschen, äußere und innere Welt streng auseinander zu halten. Welt und Sittenlehre haben es ganz ausschließlich mit dem inneren Menschen zu tun. Mag er reich oder arm, Herr oder Knecht vor dem Forum der Welt kommt nur die Bestimmung in Betracht und wir wissen, daß diese ganz unabhängig von den äußeren Verhältnissen ist. Jugend und Elster sind im Prunkgenuß der Mächtigen, wie immer wieder die Schreie dessen, der nicht müde wird wiederholen, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei, als politisches Programm aus- und umgedeutet wird. Da hat großes Interesse erklärt, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei, als auf einem lediglich sozialen Grunde und dieses Faktum bedingt die Stellung der Kirche bedinge, diese könne sich niemals einem Wirtschaftssystem befrieden, das auf dem Bettelbetrieb beruhe. Und der Bischof von Birmingham hat eine beigelegte Rede gehalten, in der er die Kirche aufforderte, als Rettung für die Unterdrückten und Schwachen aufzutreten, und niemand darf sie es unternehmen sich auf die andere Seite zu schlagen. Es ist schwer verständlich, wie sich dieses Missverständnis hat einbürgern können, deren eigentlichen Verträge auf sich selbst beziehen sollte, den ärmeren und inneren Menschen, äußere und innere Welt streng auseinander zu halten. Welt und Sittenlehre haben es ganz ausschließlich mit dem inneren Menschen zu tun. Mag er reich oder arm, Herr oder Knecht vor dem Forum der Welt kommt nur die Bestimmung in Betracht und wir wissen, daß diese ganz unabhängig von den äußeren Verhältnissen ist. Jugend und Elster sind im Prunkgenuß der Mächtigen, wie immer wieder die Schreie dessen, der nicht müde wird wiederholen, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei, als politisches Programm aus- und umgedeutet wird. Da hat großes Interesse erklärt, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei, als auf einem lediglich sozialen Grunde und dieses Faktum bedingt die Stellung der Kirche bedinge, diese könne sich niemals einem Wirtschaftssystem befrieden, das auf dem Bettelbetrieb beruhe. Und der Bischof von Birmingham hat eine beigelegte Rede gehalten, in der er die Kirche aufforderte, als Rettung für die Unterdrückten und Schwachen aufzutreten, und niemand darf sie es unternehmen sich auf die andere Seite zu schlagen. Es ist schwer verständlich, wie sich dieses Missverständnis hat einbürgern können, deren eigentlichen Verträge auf sich selbst beziehen sollte, den ärmeren und inneren Menschen, äußere und innere Welt streng auseinander zu halten. Welt und Sittenlehre haben es ganz ausschließlich mit dem inneren Menschen zu tun. Mag er reich oder arm, Herr oder Knecht vor dem Forum der Welt kommt nur die Bestimmung in Betracht und wir wissen, daß diese ganz unabhängig von den äußeren Verhältnissen ist. Jugend und Elster sind im Prunkgenuß der Mächtigen, wie immer wieder die Schreie dessen, der nicht müde wird wiederholen, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei, als politisches Programm aus- und umgedeutet wird. Da hat großes Interesse erklärt, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei, als auf einem lediglich sozialen Grunde und dieses Faktum bedingt die Stellung der Kirche bedinge, diese könne sich niemals einem Wirtschaftssystem befrieden, das auf dem Bettelbetrieb beruhe. Und der Bischof von Birmingham hat eine beigelegte Rede gehalten, in der er die Kirche aufforderte, als Rettung für die Unterdrückten und Schwachen aufzutreten, und niemand darf sie es unternehmen sich auf die andere Seite zu schlagen. Es ist schwer verständlich, wie sich dieses Missverständnis hat einbürgern können, deren eigentlichen Verträge auf sich selbst beziehen sollte, den ärmeren und inneren Menschen, äußere und innere Welt streng auseinander zu halten. Welt und Sittenlehre haben es ganz ausschließlich mit dem inneren Menschen zu tun. Mag er reich oder arm, Herr oder Knecht vor dem Forum der Welt kommt nur die Bestimmung in Betracht und wir wissen, daß diese ganz unabhängig von den äußeren Verhältnissen ist. Jugend und Elster sind im Prunkgenuß der Mächtigen, wie immer wieder die Schreie dessen, der nicht müde wird wiederholen, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei, als politisches Programm aus- und umgedeutet wird. Da hat großes Interesse erklärt, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei, als auf einem lediglich sozialen Grunde und dieses Faktum bedingt die Stellung der Kirche bedinge, diese könne sich niemals einem Wirtschaftssystem befrieden, das auf dem Bettelbetrieb beruhe. Und der Bischof von Birmingham hat eine beigelegte Rede gehalten, in der er die Kirche aufforderte, als Rettung für die Unterdrückten und Schwachen aufzutreten, und niemand darf sie es unternehmen sich auf die andere Seite zu schlagen. Es ist schwer verständlich, wie sich dieses Missverständnis hat einbürgern können, deren eigentlichen Verträge auf sich selbst beziehen sollte, den ärmeren und inneren Menschen, äußere und innere Welt streng auseinander zu halten. Welt und Sittenlehre haben es ganz ausschließlich mit dem inneren Menschen zu tun. Mag er reich oder arm, Herr oder Knecht vor dem Forum der Welt kommt nur die Bestimmung in Betracht und wir wissen, daß diese

Erstesmann sich für die Förderung der "nationalen" Arbeitervereine (gelb) ausgesprochen habe, obwohl er kurz vorher an dem Verbandstag der evangelischen Arbeitervereine teilnahm, auf dem die "Gelben" eine scharfe Verurteilung erfuhrten. Umso erfreulicher ist es, daß auch im liberalen Lager die Stimmen ziemlich mehrere, die jede Gemeinschaft mit den "Gelben" ablehnen. Anlässlich einer Debatte im bayerischen Landtag über die Wahlbildung des Koalitionsrechts, die dieser Tage stattfand, erfuhrn die gelben Gewerkschaften auch seitens der liberalen Abgeordneten eine scharfe Aufführung. Der liberale Abgeordnete für Augsburg (dem Vater der "Gelben"), Dr. Thoma, führte aus, er habe noch nie ein Hehl daraus gemacht, daß die Bürgerlichkeit zu einem gelben Verein oder der Eintritt in einen gelben Verein faktisch den Verzicht auf die Koalitionsfreiheit bedeutet. Auf die Koalitionsfreiheit, wie sie nach der Reichsgewerbeordnung besteht.

Der liberale Kongress, der am 6. Juli in München tagte, nahm in der gleichen Frage folgende Resolution an:

"Der liberale Kongress spricht seine große Genugtuung über die Haltung der liberalen Fraktion des bayerischen Landtags gegenüber den gelben Gewerkschaften aus. Er lehnt jeden Zusammenschlag von Liberalismus und gelben Gewerkschaften ab, in welchen er eine große Gefahr für die Arbeiterbewegung sieht. Er hält für das einzige Richtige eine gewerkschaftliche Arbeiterbewegung, die auf dem allein wertvollen Wege der Selbsthilfe in selbstbewußter Weise den Kampf für die Freiheit der Arbeiter führt."

Dergleichen Kundgebungen sind immerhin gegenüber solchen Schmarotzerplänen, wie sie die "Gelben" nur einmal sind, wertvoll. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß unter den großen Teile der Liberalen, namentlich der Nationalliberalen, in Preußen die Meinung über die "Gelben" heute noch eine andere ist, und daß sie sich die Förderung derselben angelebt haben lassen. Die "Würzburger Zeitung" nennt nun auch die Würzburger Resolution eine gerade nicht erträgliche Beobachtung. Hoffentlich dämmert auch bei Ihnen eine andere Ansicht.

**Anarchosozialisten und Sozialdemokratie.** Nachdem zwischen den Anarchosozialisten und der sozialdemokratischen Partei für längere Zeit ein Waffenstillstand abgeschlossen schien, haben jetzt die Exzitierungen von neuem begonnen. In der neuesten Nummer der "Exzitier", dem Organ der Anarchosozialisten, wird in der heftigsten Form gegen den "Deutschen" und gegen das "Spiegelkunst" in der sozialdemokratischen Partei losgezogen. Da die Anarchosozialisten bisher Beifall immer noch halb und halb für den ihrigen hielten, so ist dieser Angriff um so bemerkenswerter. Von Bebel wird gesagt, daß er ein "Stieglitzberglerisch-schwabhaft" geworden ist, weiter, daß er ein "persönlich-kleinlicher Mann" ist, daß er mit einer "neuen, überquellenden Vaterlandsbegierung" prunkt. Im allgemeinen wird von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gesagt, daß sie "mit Einsilben gemästete Dichthäuter" sind, und daß durch "ein Dutzend Parteidrogen" die Kulturbewegung des Proletariats gefeiert wird. Nur der zu Festungsstadt verurteilte Sieboldknecht findet Gnade vor den Augen der Anarchosozialisten. Diese heftigen Angriffe auf die sozialdemokratische Partei und auf einzelne Personen sind jetzt nicht zuflüchtig begonnen worden, sondern die Anarchosozialisten sehen in diesen Angriffen nur den Beginn einer Aktion, die sich gegen die sozialdemokratische Partei und gegen die freien Gewerkschaften richten soll. Die Anarchosozialisten, denen es an Geldmitteln fehlt, möchten nämlich gern größere Arbeitermassen zu sich heranziehen. Die Hauptagitation der Anarchosozialisten soll Beginn des Winters eingeleitet werden.

## Wirtschaftliche Bewegung.

Bauzettel: Weidenburg i. G., Aussperrung (Maurer, Zimmerer und Bauhülfarbeiter), Rheinland und Westfalen (Fliesenleger), Saulgau, Württemberg, Gödesberg a. Rh., Sperrung über die Firma Westen, Dortmund, Sperrung über die Firma Leitner wegen Nichtbezahlung des tariflichen Lohnes (Maurer und Bauhülfarbeiter), Bergisch Gladbach (Maurer und Bauhülfarbeiter), Dillingen-Saar, Sperrung über die Firma E. W. Witt (Maurer und Bauhülfarbeiter), Dortmund (Stuckateure), gesperrt sind die Geschäfte Eduard Höle, August Lang, Gebrüder Ludwig, Helmholz und Röht, Baulingen, Sperrung über die Firma Schmid, Schönlaub, Sperrung über Zimmerplatz Gebhardt, Venrath bei Düsseldorf, Sperrung über die Firma Bensen, Burghausen und Salzach, Streit der Maurer, Zimmerer und Bauhülfarbeiter.

### Bezirk Bonn.

Eben a. d. R. (Krupp'sche Maurer.) Nachdem im Privatbaugewerbe der Friede wieder einen Einzug gehalten, und die dunklen Wolken über dem Gewerkschaftshimmel sich vergangen haben, befassten sich unsere Kollegen mit der Frage: Wie stellen wir uns zu einer neuen Lohnfrage bei der Firma Krupp, und wird ein Vorgehen bei derselben von Erfolg geprägt sein? Der Lohn steht hier in den Feuerbetrieben seit der letzten Aufbesserung vom Jahre 1906 für neue und kalte Arbeit auf 5,30 M. und für warme Arbeit auf 5,70 M. Jetzt haben wir in den Feuerbetrieben durch den Neubau zahlreicher Ofen eine für uns günstige Konjunktur zu verzeichnen. Wer angeht, der Tatsache, daß im Privatbaugewerbe durch die andhaltende schlechte Geschäftslage die Löhne die gleichen geblieben sind, waren unsere Kollegen nicht so sehr von der Hoffnung beeindruckt, daß etwas erreicht werden könnte. Die Frage wurde deshalb in den Mitgliederversammlungen eingehend besprochen, und wurde der Entschluß gefasst, wenigstens für neue Arbeit den Lohn wie im Privatbaugewerbe, und für warme Arbeit einen einheitlichen Lohn von 5,70 M. zu fordern. Bisher lag die Handhabung für kalte und warme Arbeit in den Händen der Poliere. War es ihnen zu warm, dann wurde warm geschrieben, war es ihnen zu kalt, wurde einfach kalt geschrieben. Es wurde sodann eine viergliedrige Kommission gewählt, welche das weitere veranlassen soll. Auch wurde der Vorstand der freien Sektion hierauf in Kenntnis gesetzt und gleichzeitig zu einer gemeinsamen Lohnkommissionssitzung eingeladen. Das Ergebnis dieser Sitzung war, daß von beiden Seiten je ein Kollege gewählt wurde, welche dann gemeinsam vorstellig werden sollten. Von unserer Seite war es unser Vorsteher, Kollege Johann Deul, und von der freien Seite der Kollege Reinhold, welche dazu gewählt wurden. Um nun den vorgeschriebenen Weg innerzuhalten, setzten die beiden Kollegen zunächst dem betreffenden Meister von ihrem Vorhaben in Kenntnis. Doch dieser gab ihnen die Antwort: Spart euch nur den Weg, es gibt doch nichts, der Lohn ist vor zwei Jahren geregelt. Da wir der Meinung waren, daß der vor zwei Jahren festgesetzte Lohn nicht fürs ganze Leben bestehen bleiben soll, wurde der weitere Instanzweg beschritten. Die beiden Kollegen wurden am folgenden Tage bei dem Betriebschef vorstellig. Nach einstündiger Verhandlung, in der die beiden Kollegen auf die rapide Steigerung der Lebensmittelpreise, die hohen Mieten und Steuern hinwiesen, erfolgte von Seiten des Betriebschefs die Antwort, daß es nicht in seiner Macht stehe, den Lohn aufzubessern. Er wolle aber dem Betriebschef die Sache unterbreiten, worüber dann Mitteilung zugehen sollte. Im Laufe des Nachmittags desselben Tages wurden nun die beiden Kollegen zum Betriebschef berufen. Hier wurde ihnen dann mitgeteilt, daß dem Betriebskonsortium der Lohn für kalte und neue Arbeit auf 5,50 M. und für warme Arbeit auf 5,90 M. erhöht worden sei. Die Bauhülfarbeiter würden bekanntlich nach Sitzung beginnen, um die erhöhte Lohnsumme

Betreffs der kalten Schichten seien die Poliere angewiesen, die selben nach Möglichkeit einzuschränken und im Zweifel, ob kalt oder warm, warm zu schreiben. Kollegen, es entsteht nun die Frage: Hätten wir bei einem einheitlichen Lohn von 5,70 M. für Reparaturarbeit mehr Vorteile, als bei dem neuen Lohn von 5,90 M. mit Bestehenbleiben der kalten Schichten? Im ersten Falle dürfte die Frage wohl mit nein, im letzteren mit ja zu beantworten sein. Denn nach den Aussagen des Betriebschefs können ja nur für den einzelnen zwei, höchstens drei kalte Schichten in Betracht kommen. Sollte aber der eine oder der andere nach seiner Ansicht zur Seite mit kalten Schichten betroffen werden, so mache er von dem statutarisch festgesetzten Beschwerderecht Gebrauch und berufe sich auf die Aussagen des Betriebschefs. Denn nur durch fortgesetztes Beleidigen wird mit dem System der kalten Schichten aufgeräumt. Vor allem aber ist nötig, unermüdlich an dem Ausbau und an der Stärkung unseres Verbandes zu arbeiten. Suchen wir den Satz: Einer für alle und alle für einen zu verwirklichen, indem jeder ein tüchtiger und steter Agitator sei. Noch stehen eine Menge Indifferenter dem Verband fern; diese gilt es nun, bis auf den letzten Mann, in unsere Reihen zu führen; denn nur durch eine gesunde und starke Organisation ist es möglich, einen der Arbeit entsprechenden Lohn zu fordern und eventuell durchzudrücken.

**Essen.** (Fliesenleger.) Nachdem wir in unserem Abwehrkampf die Erfahrung machen mußten, daß vielfach Maurer dazu übergehen, Fliesenlegerarbeiten auszuführen, und es einfach nicht verstehten wollen, was unter Streikarbeit zu verstehen ist, so sehen wir uns veranlaßt, nochmals darauf aufmerksam zu machen. Wie es den meisten Kollegen bekannt sein müßte, befinden wir uns im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in einem Abwehrstreit, wo es doch nun nicht als zu viel verlangt anzusehen werden kann, wenn wir beantragen, daß von Seiten der Maurer leinerlei Plattenarbeiten auszuführen sind. Wir sind in der angenehmen Lage, daß wir von Seiten der Essener Fliesenleger keine Streikbrecher zu verzeihen haben, aber mit welchen Mitteln die Unternehmer zu operieren wissen, daß sie ihre ellenlangen Arbeiten von Maurern oder Polieren fertiggestellt bekommen, daß gibt uns denn doch zu Bedenken Anlaß, weil der Streit dadurch für uns schwieriger und sehr in die Länge gezogen werden kann, und wir meinen doch, daß es Ehrenpflicht wäre, darauf hinzuweisen, daß die Solidarität in der ferneren Zeit besser gewahrt wird.

### Bezirk Köln.

**Düsseldorf.** 10. Juli. Die Fliesenlegerbewegung hier am Orte ist wiederholt zum Gegenstand der Betrachtungen in den schriftstellerischen Blättern benutzt worden. Alle Vorcommunissen auf Arbeitsplätzen sowie Ausschreitungen und Demolierung von fertiggestellten Arbeiten werden den Streikenden zur Last gelegt, trotzdem auch heute noch nicht der Schatten eines Beweises dafür erbracht werden kann. Die "Mittelstandszeitung", das Handwerkerorgan, bläßt bereits in dieselbe Flöte wie Schmidhaus in der "Arbeitgeberzeitung". Polizei und Staatsanwaltschaft werden aufgefordert, einmal kräftig zwischenzuhauen. Wir nehmen es dem Handwerkerblättern auch gar nicht übel, daß doch sein Redakteur früher in der Kammer der schriftstellerischen Düsseldorfer liberalen Zeitung. Auch die Arbeitgeber des Bauvermögens glauben dem Streik der Fliesenleger das Genick umdrehen zu können, wenn sie Maurer zu Plattenlegern kommandieren. Die Firma Eßmann, die sich in letzter Zeit besonders der Beliebtheit der Bauarbeiter erfreut (denn dort wird ein Ton gegen organisierte Arbeiter angebracht, der auf den Kasernenhof gehörte), schickte zwei Maurer auf eine Arbeitsstelle, die von streikenden Plattenlegern verlassen war. Die Maurer weigerten sich diese für sie nicht örtliche Arbeiten auszuführen. Der Mitinhaber der Firma, Herr Wedemann, ließ den Maurern sagen, sie möchten ihren Arbeitsvertrag lesen und sich die Papiere geben lassen. Die Schlichtungskommission, die sich später mit dieser Angelegenheit befaßte, erkannte es als eine ungerechtfertigte Entlassung an, und wurde die Firma erachtet, die Leute wieder einzustellen. Die Firma weigert sich beharrlich, dem Beschlüsse der Schlichtungskommission nachzucommen. Wir werden uns dieser Fall merken und obige Firma in die Liste der tarifbrüchigen Unternehmer eintragen. Die heutigen Unternehmer des Plattengewerbes haben schon wiederholt Sturm gegen den Bund gelaufen. Man möchte gerne durch örtliches Verhandeln dem Streik ein Ende machen, und ist nun gezwungen, der Bundesvorstand Folge zu leisten. Ob sie ihm für die Zukunft alle treu bleiben werden, wird von dem Gang der Bewegung abhängen. Jedenfalls steht heute schon fest, daß die Unternehmer manches Haar haben lassen müssen und ihnen viele Arbeit durch den Streik verloren gegangen ist. Einige Streikbrecher, zum Glück nicht aus unserer Organisation betreiben ihr unehrliches Handwerk sogar des Nachts. Man könnte ihnen ja auch bei Tage zu viel Aufmerksamkeit schenken.

### Bezirk Paderborn.

**Warburg.** Im Jahre 1907 wurde nach einem siebenwöchigen Kampfe der Abschluß eines Tarifvertrages erreicht und zwar bis zum 1. April 1909. Der Stundenlohn wurde festgesetzt auf 37 Pf., steigend am 1. April 1908 auf 39 Pf. Unterzeichnet war dieser Vertrag auf dem Bürgermeisteramt durch die Herren Schulte und Gießler und unsere Organisation. Mit den übrigen Unternehmern wurde durch ein Versehen der Vertrag nur auf ein Jahr abgeschlossen, welcher am 1. April 1908 ablief. Den Herren Rose und Diebenbusch wurde deshalb im März die Fortdauer unterbreitet, den gleichen Vertrag für ihre Geschäfte anzuerkennen, welcher auf dem Bürgermeisteramt abgeschlossen war. Auf diese Angabe befand die Lohnkommission aber keine Antwort, denn es war keine Arbeit vorhanden. Die Folgen der ungünstigen Konjunktur machten sich weiter bemerkbar, indem Schulte und Gießler den vertragsmäßigen Lohn nicht auf 39, sondern nur auf 38 Pf. festsetzen. Da keine Arbeitsgelegenheit vorhanden war, verschoben die Kollegen die Lohnbewegung zu einem besseren Zeitpunkt. Im Juni besserte sich nun die Arbeitsgelegenheit und der Zeitpunkt war gekommen, wo man in Aktion treten konnte. Eine am 2. Juli tagende Mitgliederversammlung befaßte sich mit der Angelegenheit. Nach einem Referat des Bezirksleiters Kollegen Werner erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß nunmehr die nötigen Schritte zur Lohnbewegung vorgenommen würden. Der Kollege Werner und der Vorstand wurden mit dieser Sache betraut. Am 3. Juli fand eine Verhandlung mit den einzelnen Arbeitgebern statt. Herr Schulte erklärte sich bereit, den vertragsmäßigen Lohn zu zahlen. Desgleichen erklärten die Herren Rose und Diebenbusch ebenfalls den Stundenlohn von 39 Pf. zu zahlen. Herr Gießler erklärte kurzweg, er würde keinen höheren Lohn zahlen. Zu diesem Resultat nahm eine außerordentliche Mitgliederversammlung am 8. Juli Stellung. Die Versammlung war mit dem Ergebnis der Verhandlungen einverstanden und es wurde der Tarifvertrag einverstanden, den vertragsmäßigen Lohn zu zahlen, zu zahlen, weigert er sich, dann ist für organisierte Kollegen das Geschäft gepert. Kollegen von Warburg und Umgegend! Nur durch eure Geschlossenheit konnte dieser Erfolg errungen werden, deshalb heißt es Sorge zu tragen, daß nun wieder die vertraglichen Bestimmungen vollständig umgekehrt werden. Zugleich jeder Kollege seine Schuldigkeit, damit auch der lokale Bauhandwerker und Bauhülfarbeiter von Warburg und Umgebung dem Generalverband wichtiger Bauhülfarbeiter und Bauhülfarbeiter zugeführt wird. Nur in der Einigkeit steht unsere Stärke, darum mutig voran.

### Bezirk Südbayern.

**Memmingen.** Montag, den 6. Juli, fanden für das hierige Zimmergewerbe Tarifverhandlungen statt. An denselben waren außer den Zimmermeistern, welche dem Arbeitgeberverband angehören, der Sekretär Bergmüller-München (Arbeitgeberverband), seitens der Arbeiter war unser Verband und der sozialdemokratische Zimmererverband beteiligt. Den Vorstand hatte Baumeister Lingeler-Memmingen. Die Verhandlungen wurden, von einigen Entgleisungen seitens der Arbeitgeber abgesehen, im allgemeinen sachlich geführt. Bis jetzt betrug der Lohn 35 Pf. pro Stunde; gefordert wurden 40 Pf. Nach ca. fünfstündigem Verhandlung kam ein auf dem Berliner Tarifmuster aufgebauter, bis zum 31. März 1910 laufender Tarifvertrag zustande. Die Arbeitszeit bleibt 10 Stunden. Ab 11. Juli 1908 beträgt der Lohn 37 Pf. pro Stunde, ab 1. April 1909 beträgt derselbe 38 Pf. pro Stunde. An Buschlägen werden für Übernachtungen 5 Pf. für Nacht-, Sonntags- und gesetzliche Feiertagsarbeit 20 Pf. bezahlt. Für Überlandarbeiten über 5 Kilometer Entfernung 50 Pf. Buschlag täglich. Für Arbeiten, wo Übernachtungen notwendig ist, täglich 1 % Buschlag und höchstens einmal freie Hin- und Rückfahrt. Kollegen von Memmingen! Hier habt ihr jedenfalls den deutlichsten Beweis, daß nur durch gewerkschaftliche Ausdauer Erfolge zu verzeichnen sind, und nicht wie es leider geschehen ist, bei der kleinsten Schwankung sofort das Boot verlassen wird. Dieser Tarifabschluß muß gerade für die Maurer und Bauhülfarbeiter ein Vorbild sein, dem nachzuahmen eine schöne Aufgabe ist.

**Burghausen a. G.** Die hierigen Maurer, Zimmerer und Bauhülfarbeiter, welche sämtlich bei uns organisiert sind, haben Samstag (11. Juli) sich die Arbeit niedergelegt. Die Ursache ist, weil die Unternehmer sich weigerten, in Tarifverhandlungen einzutreten. Die Unternehmer gehören als Untergremie dem Deutschen Arbeitgeberbund f. d. B. an.

### Bezirk Karlsruhe.

**Strassburg i. C. (Gipser.)** Über 10 Wochen stehen unsere Kollegen hier nun schon im Kampfe, der von beiden Seiten, den Arbeitgebern sowohl wie den Arbeitnehmern, ziemlich erbittert geführt wird. Die Gehilfen haben alles verloren, um beim Kampf aus dem Wege zu gehen, aber es half nichts. Die Arbeitgeber ließen ihren Entschluß, eine drastische Lohnreduzierung vorzunehmen, nicht fallen. Da eine derartige Lohnverkürzung aber unsererseits nicht angenommen werden konnte, erfolgte die Aussperrung. Als Haupt- und zwingenden Grund, die Löhne herabzuziehen, gaben die Arbeitgeber die Konkurrenz der außerhalb des Arbeitgeberverbandes stehenden Firma Hug & Schwing an. Diese Firma drückt die Preise und damit auch die Löhne. Erst dann, wenn es dem Arbeitgeberverband gelungen sei, diese Konkurrenzfirmen zu vernichten, sei an eine gesunde Preisbildung im Strassburger Gipsergewerbe zu denken, und könne auch dann erst an Regulierung der Löhne zugunsten der Arbeitgeber gedacht werden. Sie, die Arbeitgeber, aber würden jetzt alles versuchen, diese Konkurrenz hinwegzuräumen und selbst die größten Unkosten dazu nicht scheuen. Wie wenig stichhaltig dieser Hauptgrund der Arbeitgeber war, konnten wir kurz darauf erfahren. Denn etliche Tage nach der Aussperrung der Gipser durch den Arbeitgeberbund schlossen sich auch die Gehilfen haben alles verloren, um beim Kampf aus dem Wege zu gehen, aber es half nichts. Die Arbeitgeber ließen ihren Entschluß, eine drastische Lohnreduzierung vorzunehmen, nicht fallen. Da eine derartige Lohnverkürzung war beendet und hatte sich ihrem Bunde angegeschlossen. Die Gipser glaubten nun durch dies Ereignis, welches den Hauptgrund zur Lohnreduzierung wegprägte, seien die Meister nun geneigt, mit ihren Gehilfen Frieden zu schließen, aber sie sahen sich getäuscht. Denn bei einer Verhandlung, die nun auf Antrag der Gehilfen unter Mitwirkung des Herrn Bürgermeisters am 6. Mai auf dem Rathaus stattfand, erklärten die Herren, auch jetzt noch nicht von dem vor der Aussperrung eingenommenen Standpunkt abzuweichen. Dem Herren Bürgermeister und nachher auch der Deffentlichkeit suchten die Herren klarzumachen, daß sie gar keine Lohnherabsetzung herbeiführen wollten, sondern die alten Löhne, die nach dem letzten Streit im Jahre 1905 vereinbart worden seien, sollten auch für die Zukunft von ihnen gezahlt werden. Die Gehilfenkommission konnte nun aber dem Herren Bürgermeister einen am 1. August 1906 unterzeichneten Ergänzungsvertrag vorlegen, in welchem die Arbeitgeber eine hypothetische Lohnhöhung zu dem im Jahre 1905 vereinbarten Tarif bewilligten. Dieser Ergänzungsvertrag ist sowohl von den Vertretern der Herren Arbeitgeber, wie von den Vertretern der beiden Arbeitnehmerorganisationen unterzeichnet. So unangenehm dieses Zugesindnis den Herren Arbeitgebern auch ist, so läßt es sich doch nicht wegleugnen. In der Deffentlichkeit erklären die Herren Arbeitgeber immer auf der Grundsatz, keine Lohnverschlechterung und keine Lohnverschlechterung, zum Abschluß eines neuen Vertrages bereit zu sein. Wollte man dies wirklich, warum sperrten die Meister ihre Gehilfen dann aus? Doch bloß, weil die Gehilfen verlangten, daß die Löhne, die im Ergänzungsvertrag von 1906 festgelegt waren, auch für die nächsten zwei Jahre gezahlt werden sollten. Wollte die Arbeitgeber aber den Ergänzungsvertrag von 1906 noch heute, wie bei den bereits geprägten Verhandlungen, ausschalten, und auch nur für den tüchtigen Gipser einen Lohn von 55 Pf. festlegen, so kann von dem Grundsatz: keine Lohnverschlechterung und keine Lohnverschlechterung bei den Arbeitgebern keine Rede sein. Sind doch dann die Gehilfen, für die im Jahre 1905 noch ein Lohn von 52 und 47 Pf. pro Stunde festgelegt war, in Zukunft von dem Wohlwollen der Arbeitgeber abhängig. So lange die Arbeitgeber die Lohnsätze, die im Ergänzungsvertrag von 1906 festgelegt sind, bei dem Grundsatz, keine Lohnverschlechterungen, keine Lohnverschlechterungen, ernstlich ins Auge fassen, so lange ist nach unserer Ansicht eine Einigung schwerlich möglich. Die Arbeitgeber haben denn auch mit Hilfe ihres Verbandsseitlers alles ver sucht, um arbeitswillige Elemente von nah und fern herbeizuziehen, aber genügt haben ihnen alle diese Bemühungen sehr wenig. Die Strassburger Kollegen waren wider auf dem Posten, so daß heute kaum zwei Dutzend dieser, für die kämpf lichen Arbeitgeber so nützlichen Elemente in Strassburg beschäftigt sein dürften. Dies betrübt die Herren nur sehr. Wer von ihnen hätte denn auch geglaubt, daß die Strassburger Gipser zehn Wochen, und wenn es sein muss, noch einmal zehn Wochen, in den Kampf für ihre gerechte Sache ausschreiten würden. Die Verlegenheit der Arbeitgeber ist nun groß, besonders da die Spitalverwaltung jetzt darauf drängt, daß die längst pünktig stehenden Spitalneubauten auch angefangen werden. Kurzlich wurde die Spitalleitung nun aufs Rathaus beschrieben und ihr eröffnet, daß diese Bauten nun in vollem Umfang in Angriff genommen werden sollen. Es sei den Arbeitgebern zwar die Pflicht auferlegt, zuerst und soweit sie erlaßlich, hierigen Gipser zu beschäftigen. Könnten die Herren aber hier keine Gipser erhalten, so seien dieselben gezwungen, auswärtige Gipser zu beschäftigen, die nach Angabe der Arbeitgeber in genügender Zahl zu haben seien. Die Spitalleitung erklärte, daß die Strassburger Gipser nach wie vor zu einer Einigung bereit seien, wenn die Arbeitgeber zu den bestehenden Bedingungen bereit seien, wogegen es dann den Meistern wohl nicht an hierigen Gipsern fehlen würde. Wer sie haben auch ausgesprochen, daß die Arbeitgeber von außerhalb wohl keinen Zugang von Arbeit willigen mehr erwarten könnten, da sie dies Feld schon genügend abgegrast hätten. Die Arbeitgeber haben wohl in einem anderen Zimmer die Antwort der Spitalleitung abgewartet, denn bald darüber sah man sie wie die betriebenen Lagerwerke vom Rathause ziehen. Jetzt verlügen sie ihren letzten Triumph

auszuspielen und Rivalität zwischen die ausgesperrten Gipser zu führen. Als Werkzeug dazu bebliebenen sich die Herren dreier Gipser, die leider bei uns organisiert waren, denen wir aber von Anfang an nicht getraut haben. Einer derselben hatte sich am ersten Dienstag nach der Aussperrung gleich wieder auf dem Hofe seines Meisters eingefunden, um weiterzuarbeiten, wurde aber vom Meister davonjagt. Die anderen zwei machten auch nur mit, weil sie ausgesperrt waren. Diese Leute, die noch dazu in verhandlungsmäßigem Verhältnis zu ihren Arbeitgebern stehen, haben sich schon verschiedentlich gefärbt; der Kampf habe für sie keinen Zweck, da sie doch stets, auch in der Bezahlung, von ihren Meistern bevorzugt seien. Nun für christliche Nachtmilie und für Solidarität zu ihren Mitarbeitern scheinen sie mithin wenig zu bestehen. Statt zu den Streitverhandlungen lenken sie ihre Wege mehr nach den Wohnungen der Meister. Nur mit größter Mühe konnten diese Leute bisher im Kampfe erhalten bleiben. Jetzt sind sie den Verhandlungen der Arbeitgeber gefolgt und lassen sich von diesen als Sturmbrock gegen die kämpfenden Kollegen gebrauchen. Sie ließen sich sogar soweit vertreten, daß sie ein verleumderisches und verlogenes Flugblatt mit ihrem Namen deckten, um dadurch zum höheren Vorteile der Unternehmer, von denen sie höchstwahrscheinlich gekauft worden sind, und die ihnen das Flugblatt aufgeschlagen haben werden, einen Keil in die Reihen ihrer eigenen Kollegen zu treiben. Selbstverständlich sind die drei unserseits sofort ausgeschlossen worden. Es sind auch die notwendigen Schritte gefasst, um alle berartige Machinationen unwirksam zu machen. Es liegt nun an den Straßburger Gipsern, dafür zu sorgen, daß der Kampf auch in der Zukunft mit der gleichen Energie geführt wird, nur so sind die gebagten Verschlechterungen abzuwehren.

### Bam Kampf im Platten Gewerbe.

Die Vorhabenden des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Köln und des Verbandes der Arbeitgeber aus dem Plattengewerbe von Köln und Umgebung haben sich mit einer Veröffentlichung durch die Presse und durch Plakatanschlag an die hierbei interessierten Behörden und die Bürgerschaft Kölns gewandt, in der die Schuld des Kampfes mehrheitlicherweise auf die Unternehmer gelegt wird.

In dem Aufruf heißt es unter anderem: Den angestrengtesten Bemühungen der Arbeitgeber sei es nicht gelungen, zu einem friedlichen Vereinkommen mit ihren Arbeitern zu kommen. Die Forderungen der Arbeiter seien geradezu unerhört. Bei 8½ stündiger Arbeitszeit habe die größte Anzahl der Fliesenleger tagtäglich 8–12 M verdiert. Die Fliesenleger hätten in Köln, unter dem Vorwande, daß die Unternehmer den Stundenlohn von 80 auf 70 Pf. heruntergesetzt hätten, die Arbeit eingestellt. Dabei hätten die Arbeitgeber in ihren Versammelungen beschlossen, den Sohn auf 80 Pf. stehen zu lassen, welches der Arbeiterorganisation mitgeteilt worden sei. Das Publikum würde von den Arbeitern irregeführt. Die Leiter der Arbeiterorganisation werden also dann verdächtigt, als wenn sie ihren eigenen Kollegen Unwahrheit berichtet hätten, bloß um dieselben in einen ungeliegen Schankampf zu stürzen. Da sie keinen friedlichen Ausgleich wünschen, so seien die durch eine gemeinsame Kommission festgestellten Abordnungspreise rüdweg abgelehnt. Die Lage der Fliesenleger sei groß, täglich böten sich Arbeitswillige an, daher habe die Rheinisch-Westfälische Vereinigung der Arbeitgeberverbände beschlossen, die Geschäfte zu öffnen und „Arbeitswillige“ einzustellen. Die „vernünftigen“ und „redlich denkenden“ Fliesenleger werden ermahnt, recht bald zurückzukehren, da sie sonst ihrer Stellen verlustig würden. Es wird dann eine Bitte an die interessierten Behörden und die Bürgerschaft gerichtet, die Unternehmer in dem Kampfe dadurch zu unterstützen, daß sie nicht auf die Fertigstellung der Arbeiten dringen sollen. Wie in diesen Ausführungen die Wahrheit auf den Kopf gestellt und die Arbeitnehmer des Plattengewerbes haben es nicht für möglich gehalten, daß Herr Maushagen so etwas mit seinem Namen deuten würde. Dafür hielten wir ihn bisher für zu nobel.

An den Behauptungen der Unternehmer ist folgendes richtigzustellen:

Dass die Kölner Fliesenleger gezwungen wurden, in einen Abwehrstreik zu treten, liegt in der Hauptfache daran, daß sich der Kölner Arbeitgeberverband dem Rheinisch-Westfälischen Verband angegliedert hat. Die Leitung des Vereins der Arbeitgeberverbände von Rheinland und Westfalen hat ja auch den Einigung im Hochbaugewerbe die größten Schwierigkeiten bereitet.

Im Jahre 1906 gaben die Kölner Arbeitgeber des Platten Gewerbes den Arbeitnehmerorganisationen eine Erklärung, daß bei Waju des Tarifes die Löhne und Abordnungspreise keinerlei Veränderung erfahren sollten. Die Arbeitnehmer ahnten schon bei der damaligen Festlegung des Abonnementes auf den 20. April 08 ein zentralisiertes Vorgehen der Arbeitgeberverbände. Trotz einer sämtlichen Erklärung, die von allen Mitgliedern des Kölner Arbeitgeberverbandes unterschrieben ist, jämde die freie Vereinigung der Arbeitgeber im Plattengewerbe für Köln und Umgegend den Arbeitnehmerorganisationen ein Schreiben zu, in dem der bestehende Tarif gefordert wird, und sie mitteilten, daß sie nicht gezögert würden, denselben unverändert auf weitere Dauer festzuhalten zu lassen. Die Verhandlungen wurden dann nicht drücklich, sondern in Köln geführt. Hier unterzeichneten uns die Arbeitgeber einen Tarifentwurf, der ganz bedeutende Veränderungen anwies. U. a. sollte der Stundenlohn statt 80 nur 70 Pf. betragen. Die Abordnungspläteien füllt früher 1,05 M nunmehr 1 M, die Kreisauskunftspläteien statt 1,35 M nunmehr 1,20 M, große Kundenpläteien statt 2,40 M nunmehr 2,20 M, Kierpläteien statt 2,40 M nunmehr 2 M, halbe normale Kiere, klein Kundenpläteien und Roßabblender mit Zelle statt 3,20 M nunmehr 3 M, Gläser statt 25 Pf. nunmehr 15 Pf., Deck- und Rohrleisten statt 35 Pf. nunmehr 20 Pf., Zier- und Zwischenstreifen statt 5 Pf. nunmehr 10 Pf., Dachpläteien statt 25 Pf. nunmehr 20 Pf. u. s. w.

Für eine große Anzahl Orte des Industriegebietes und des Bergbaus waren die Vergütungen noch weit größer.

Zu der ersten Verhandlung schiedete die Einigung zunächst an der Fertigung des Kundenlohns. Die Kölner Unternehmer befanden dann, den Kundenlohn bestehen zu lassen. Trotzdem schiedete die zweite Verhandlung, weil die Unternehmer des Industriegebietes die Beteiligung unter allen Umständen durchsetzen wollten. Darauf zog der Arbeitgeberverband auch für Köln das Abonnement des bisherigen Kundenlohnes zurück.

Als die zweite Verhandlung geschiedet war, sandte der Geschäftsführer des Vereins der Arbeitgeberverbände Schmidehaus (Köln) am 25. Mai ein Schreiben, worin es heißt:

1. das vom Montag, den 25. Mai, ab die von den Arbeitgebern aufgestellte neue Arbeitsordnung und der neue Abonnement für häusliche Arbeitsstätten in Kraft tritt.

2. das den denselben Tage ab der Kundenlohn erhöhtlich im ganzen Bereich der Berechnung auf 70 Pf. festgesetzt wird, aus

3. daß langsame Handlungen nirgends gestattet werden dürfen.

Zu einer Kritik an Herrn Maushagen, ob dieses wirklich auf die Kölner Gültigkeit habe, erklärte derjenige: Ja, leider ist dies in Düsseldorf überprüft worden.

Dortwo trafen die Fliesenleger in der Abendzeit. Konferenzen sind überhaupt nicht an die Kölner Unternehmer gesetzt worden, folgt dann von andererseits Maushagen aus keine neue Zeit.

Aus diesem tatsächlichen Sachverhalt, der mit Schreiben des Arbeitgeberverbandes an die Organisationen in jedem Falle bewiesen werden kann, erscheint die Behörde und die interessierten Bürger, was es mit der Behauptung des Arbeitgeberverbandes auf sich hat. Die geweckten Schreiber können auf den Verbäureaus eingesehen werden. Die Behauptung, die Fliesenleger verdienten täglich 8–12 M, ist ebenfalls unwahr. Die Abordnungspreise sind so gestellt, daß bei kleineren Arbeiten nur bei größter Anstrengung und Geschicklichkeit der Tagelohn, 6,80 M, verändert werden kann. Dazu haben die Fliesenleger infolge großer Arbeitslosigkeit, die durch das Abordnungsverband geprägt wird, höchstens ganze Wochen gar keinen Verdienst.

Es trifft auch nicht zu, daß die Notlage der Fliesenleger groß sei, da diejenigen von ihnen Organisationen vor Not bewahrt bleibten. Es kann auch nicht zutreffen, daß sich viele „Arbeitswillige“ anbieten, da die Fliesenleger wissen, was für sie auf dem Spiel steht. Zugleich darf man die Fliesenleger für nicht so tüchtig halten. Die Arbeitgebervereinigung hat die Bausstellen überhaupt noch nicht geschlossen, konnte sie also auch nicht öffnen. Die Bausstellen sind lediglich durch den Abwehrkampf von den Arbeitern gesperrt. Der Appell an die „vernünftig“ und „redlich“ Denkenden, doch zurückzukehren, wird vergebliche Weisung sein. Die Behörden und die Bürgerchaft wird nach Klärung des Sachverhalts wissen, ob sie die Freiheit verlängert oder nicht, zumal die Unternehmer bei Übernahme der Arbeit mit den Preisen nach dem bisherigen Tarif fakturiert haben.

Bezeichnend für die Arbeitgeber ist, daß sie in dem Augenblick, wo in Essen Verhandlungen zwecks Einigung stattfinden sollten, dieselben im Stadtanzeiger in solch übel- und schwindsüchtiger Weise vorgehen. Aus diesem Vorgehen muß man schließen, daß sie überhaupt mit der bestimmten Absicht nach Essen gingen, um es nicht zum Frieden kommen zu lassen. Auch das Verhalten der Arbeitgeber in Essen läßt darauf schließen. Als nämlich die Arbeiter den Vorschlag machten, daß die Unternehmer möchten unzweckmäßig erläutern, daß in keinem Falle die Beleidigungen eintreten dürfen, oder daß bei der Festlegung des Einheitstarifes die in den bisher bestandenen Tarifen höchsten Abordnungspreise festzulegen seien, dabei könne der neue Tarif zu einem späteren Termin in Kraft treten, oder aber drittens, da sich dem Einheitstarif noch zu viele Schwierigkeiten entgegenstellen, nochmals örtliche Tarife abzuschließen, da fassen sie dieses sogar als Herausforderung auf. Sie erläuterten, wenn die Arbeitnehmer nicht bereit wären, Lohnreduzierungen in den Kauf zu nehmen, dann habe jedes Verhandeln keinen Zweck. Bevor der Verhandlungsleiter Herr Professor Hüttinger die Verhandlung schließen konnte, riefen sie davon. Der Kampf geht daher weiter.

Bezeichnend für die Arbeitgeber ist, daß sie in dem Augenblick, wo in Essen Verhandlungen zwecks Einigung stattfinden sollten, dieselben im Stadtanzeiger in solch übel- und schwindsüchtiger Weise vorgehen. Aus diesem Vorgehen muß man schließen, daß sie überhaupt mit der bestimmten Absicht nach Essen gingen, um es nicht zum Frieden kommen zu lassen. Auch das Verhalten der Arbeitgeber in Essen läßt darauf schließen. Als nämlich die Arbeiter den Vorschlag machten, daß die Unternehmer möchten unzweckmäßig erläutern, daß in keinem Falle die Beleidigungen eintreten dürfen, oder daß bei der Festlegung des Einheitstarifes die in den bisher bestandenen Tarifen höchsten Abordnungspreise festzulegen seien, dabei könne der neue Tarif zu einem späteren Termin in Kraft treten, oder aber drittens, da sich dem Einheitstarif noch zu viele Schwierigkeiten entgegenstellen, nochmals örtliche Tarife abzuschließen, da fassen sie dieses sogar als Herausforderung auf. Sie erläuterten, wenn die Arbeitnehmer nicht bereit wären, Lohnreduzierungen in den Kauf zu nehmen, dann habe jedes Verhandeln keinen Zweck. Bevor der Verhandlungsleiter Herr Professor Hüttinger die Verhandlung schließen konnte, riefen sie davon. Der Kampf geht daher weiter.

### „Hebung“ des Arbeitermangels auf dem Lande.

Der Arbeitermangel auf dem Lande ist notorisch, und eine schwere Kalamität für die Landwirtschaft. Unter der Einwirkung der wirtschaftlichen Krise, dürfte er zurzeit weniger fühlbar sein, die Klagen verstummen trotzdem nicht. Mit der Abhilfe dieses Zustandes beschäftigen sich seit Jahren die verschiedensten Interessengruppen, ohne bisher wirklich greifbare Erfolge zu erzielen. Auch der 24. Landwirtschaftliche Genossenschaftstag beschäftigte sich mit dieser Frage, die dahin lautete: Durch welche Maßnahmen genossenschaftlicher Art kann dem Arbeitermangel auf dem Lande entgegengearbeitet werden? Referent darüber war Landrat v. Eisenhardt-Rothe (Publik. Hinterpommern). Die Ausführungen des Herrn Landrats sind nun aber so eigenartiger Natur, daß es sich wirklich verloren, näher auf dieselben einzugehen. Spiegeln sie doch die Weltwirklichkeit mancher Kreise wieder, von einem Eindringen in das Seelenleben der Arbeiterwelt erst recht nicht zu reden.

Der Herr Landrat führte aus, daß Maßnahmen zur Bindung der Landarbeiter an die Scholle schon von den verschiedensten Seiten versucht seien. Dass diesen Bestrebungen ein gefunder Kern innerhalb, werde niemand bestreiten. Auch die Genossenschaften hätten sich an diesen Arbeiten zu beteiligen, wenn auch nicht als Hauptträger, so doch als Ausführungsorgane für Hilfsaktionen. Es wäre falsch, wie es vielfach heute geföhrt wird, wenn man den Arbeiter gleich zum Besitzer des Landes, auf dem man ihn ansiedelt, mache. Der Arbeiter sei heute noch nicht im Stande, Herrn- und Arbeiterrichter zugleich auszuüben. Der heutige Arbeiter und sei frank, er sei durch das viele Umherreisen in der Welt infiziert worden. Nur durch eine allmähliche Hebung seines Standes könne er gehoben werden. Als Bindemittel vorübergehender Natur färmten für die genossenschaftliche Hilfsaktion in Frage: Bacht, Miete und Erbbaurecht. Die günstigste Form für die Genossenschaften sei das Erbbaurecht. Die Genossenschaften könnten einen billigen Zins nehmen, weil ihnen immer noch der Wertzuwachs bleibt. Der Hauptvorteil dieser Form sei, daß die Arbeiter von den Genossenschaften abhängig bleiben. Die Genossenschaften ihresorts müßten natürlich eine sorgfältige Auswahl treffen, damit verhindert wird, daß Fleiß und Fleiß, wie in einer sozialdemokratischen Gesellschaft, sich auf das Land begeben. Die Geschäftsmachung von Landarbeitern in Rentengütern sei nur zu empfehlen, wenn der Staat den Genossenschaften ganz ethische Mittel zur Verfügung stelle. Es fragt sich nun, ob es möglich sei, auf diesem Wege eine zuständige Arbeiterschaft zu schaffen, oder ob man nicht vielmehr, wenn auch erst für spätere Generationen, eine unzufriedene, unmotivierliche Idee zugängliche Arbeiterschaft damit heranzuführen. Es fragt sich weiter, ob diese Maßnahmen nicht einem sogenannten Untergang gefährdet. Man darf nur dort Maßnahmen zur Geschäftsmachung von Arbeitern ergriffen, wo es diesen nicht möglich sei, eine reine Industrie zu erreichen. Wo aber Eigenkapital angehäuft würden, da soll man auch den Arbeitern die Beteiligung am Gemeindeleben ermöglichen. Man müsse einen Grund auf die Gelegenheit ausüben, denn von den Gemeinden sei in Bezug auf die Arbeiterschaft wenig zu erwarten. Auch die Arbeiterschaftorganisationen seien als ausführende Organe hierzu ungeeignet, ebenso die Interessenvertretungen der Großgrundbesitzer. Aber der Reichs-Genossenschaftsverband gebe einen geeigneten Vermittler ab. Er empfahl zum Schluss folgende Resolution: Der 24. Deutsche Landwirtschaftliche Genossenschaftstag erachtet es für dringend wünschenswert, dass der Genossenschaftsverband der überaus wichtigen Zwecke der Geschäftsmachung der ländlichen Arbeiterschaftslösung mit

genossenschaftlichem Wege seine fortgelebte Plausibilität zuwendet.

Man merkt die Absicht, und man ist verstimmt. Wer von unrichtigen Voraussetzungen ausgeht, der muss auch zu falschen oder verkehrten Folgerungen gelangen. Es ist eine starke Unterschätzung, den heutigen Arbeitern für „frank“ (das ist getig frank) zu halten. Es müßte sich dann höchstens diese „Kreativität“ bereits auf dem Lande geholt haben, als er die Flucht nach der Stadt antrat. Von Insizierung (d. h. geistiger) könnte da eigentlich keine Rede sein. Der Hauptgrund der Landflucht liegt nicht nur in den schlechten Wohn-, Arbeits- und Wohlverhältnissen, der Arbeiter verlangt heute ein größeres Selbstständigkeit. Das Selbstbestimmungsgefühl steht in weit stärkerem Maße gegen früher entwickelt, in diesem frühzeitig Rechnung zu tragen, hat die Landwirtschaft nicht verstanden. Es ist auch kein angenehmes Gefühl, mit dem Antritt eines landwirtschaftlichen Arbeiters sich in die Rolle eines Staatsbürgers zweiter Klasse zu begeben. Der Arbeiter hat ein feines Gefühl für alle diese ihm mißtretenden und eindringenden Verhältnisse, daher die Abreise gegen das Land, obwohl mancher sich mit Leib und Seele nach Betätigung Gottes freier Natur, und in der von Jugend auf gewohnten Beschäftigung sehnt. Maßnahmen jedoch wie von dem Herrn Landrat v. Eisenhardt-Rothe angegebenen, sind geeignet, die Landflucht oder den Abscheu vor dem Land zu verhindern. Das wurde auch von andern Referenten des Genossenschaftstages empfohlen, und trat sie den Ausführungen des Referenten entgegen. Verbanddirektor Dr. Wegner (Posen) führte aus:

„Im vorigen Jahr hat die deutsche Landwirtschaft während der Hauptsaeson bis 500 000 ausländische Arbeiter, meistens Männer, beschäftigt. Wenn eines Tages durch irgendeine Maßnahme verhindert wird, daß diese Arbeiter nach Deutschland kommen, dann entsteht für die deutsche Landwirtschaft ein folgenschwerer Krisis. Also sind Maßnahmen notwendig. Die Vorschläge, die der Referent gemacht hat, nämlich die Arbeit von der Wohnstelle abhängig zu machen, sind jedoch falsch. Gerade die Bindung ist es gewesen, die die Arbeiter vom Land in die Stadt getrieben hat. Der Arbeitgeber wird zugleich auch die Wohnung, und wenn der Arbeiter die Arbeit verlor, verlor er auch die Wohnung. Das war ein Nebenstand und die Ursache war es auch, die die Leute vom Lande in die Stadt trieben. Wenn man an einem Sommerabend im Osten Berlins steht, wie der Arbeiter eine Laube mit einem kleinen Stückchen Land hat und wie er es pflegt, so kann man nicht glauben, daß er Genußsucht gewesen ist, die den Arbeiter in die Stadt zu Vergnügungssucht bestellt, ja in der Hauptstadt nur aus Fleisch und Alkohol, und das kann man auf dem Lande ebenso haben. (Heiterkeit.) Es handelt sich hier ausschließlich um eine Wohnungsfrage. Wenn ein Arbeiter auf dem Lande wohnt, so sollte man sich nicht darum kümmern, wo er arbeitet. Es wäre zu bedauern, wenn der Fleißverband sich dazu hergäbe, mit der Scholle festzuhalten. Die Genossenschaften haben die Pflicht, zu Selbsthilfe und Selbstverwaltung zu erziehen. Wenn man die Arbeitern den Besitz auf dem Lande frei zur Verfügung stellt, so kann nicht anzunehmen, daß sich nun gleich Gefinde auf dem Land breit machen wird. Die Genossenschaften können direkt vorgehen, da nach den neuen Bestimmungen die Landwirtschaft bis zu 75 Prozent besetzen können. Stattlich müßten die Genossenschaften den Arbeitern die Sache schmackhaft machen, um besten dadurch daß zu jeder Wohnung auch ein Stück Land zur Verfügung steht wird. (Beifall.)“

**Dekonomierter Wirtschaft (Calvörde) meinte:**  
In Mitteldeutschland sind die Arbeiter für den freien Betrieb vollkommen reif. Die Großgrundbesitzer erreichen, wenn sie glauben, daß die Arbeitnehmer zu bestimmen, daß sie abhängig machen. Der Mann strebt nach Selbstständigkeit, und es wird allerdings richtig sein, daß die angestellten Arbeiter nach einigen Jahren zu selbstständigen Arbeitern werden. Das mag dem Einzelnen unangenehm sein, volkswirtschaftlich ist es zu begrüßen. Wenn jemand auf dem Lande anfängt und in der Stadt in der Fabrik arbeitet, so mag das für den Grundbesitzer unangenehm sein. Und sich aber ist das durchaus gesunde Entwicklung. Ich habe niemals beobachtet, daß sich Gefinde die Geschäftsmachung zugetragen hätte.

Diese Ausführungen dürfen der Wirklichkeit näher stehen, obwohl auch sie die Gründe für die Landflucht nicht erschöpfen. Man muß die Psychologie der Arbeiter zu verstehen suchen, alsdann wird man auch die Wege kennen lernen, die zum Ziel führen. Es ist durchaus kein angenehmer Zustand, wenn einer der wichtigsten Teile der Volkswirtschaft in beständiger Gefahr schwimmt infolge Arbeitermangels lahmgelegt zu werden. Mit Knebelungsversuchen wie die oben gedachten geschieht die Besetzung dieses Zustandes jedoch nicht. Nicht zu vergessen ist, was Prinz Ludwig, der zukünftige König von Bayern, auf der 42. Wiederversammlung der bayerischen Landwirte in Bamberg am 1. Juni d. J. sagte: Wenn man die Löhne bietet, worauf die Arbeiter mit Recht Anspruch machen, dann fehlt es auch nicht an den notwendigen Arbeitern.“

**Betrachtungen eines Nachtwanderers über die Bezirkskonferenz in Posen.**  
Am 28. Juni fand die Bezirkskonferenz für die Bahnhöfe in der Provinz Posen statt. Ich will nun hier keinen Bericht geben über die Konferenz. Wer wie ich in der Nacht auf dem Heimwege – ich hatte vom Bahnhof neun Kilometer zu gehen und war allein – da kamen mir so einige Gedanken darüber, was ich am Tage gehört und gesehen hatte, und dieses möchte ich hier wiedergeben.  
Es wird uns hier im Osten nahegelegt, daß wir gegen andere Gegenden unseres Vaterlandes noch in vielerlei zurück seien. Das hat in gewissem Sinne auch seine Berechtigung. Ich bin als junger Maurergeselle ziemlich weit ins Deutsche Reich herumgekommen; die größere Hälfte davon habe ich also kann ich wohl auch ein Urteil darüber abgeben. Da ist der Alkoholgenuss, und zwar in Gestalt von meistens Fusel, in welchem viele Ostermarken, auch unter unseren Kollegen, den Bewohnern anderer Gegenden allerdings nicht nachstehen, sondern vielmehr weit sind. Das bedeutet aber keinen Fortschritt, sondern Rückgang in der Kultur. Und die Konferenz in Posen hatte darum zu leben; gleichzeitig repräsentierte aber mit ein Delegierter diesen Rückgang vom Bildung und Landstand. Über auch das hatte durchaus vorzukommen dürfen. Der Delegierte vertritt seine Bahnhöfe. Wenn wir nun von dem Verhalten dieses Delegierten auf seine Bahnhöfe schließen wollen, was für ein Bild würde das werden? Der Delegierte hat auf der Konferenz die Interessen seiner Bahnhöfe zu vertreten, nicht seine persönlichen. Darum

wohl seiner Zahlstelle von der Konferenz erfüllten, zumal er auch gar nicht einmal den Schluß derselben abwartete? Darf man sich da wundern, wenn in solcher Zahlstelle kein Leben ist, und alles brunter und brüder geht. Die Konferenzen werden doch nicht abgehalten, daß sich etwa von jeder Zahlstelle ein Kollege auf Kosten des anderen einen freien Tag macht. Nein, erste Arbeit bringt uns zusammen. Es soll da jeder Delegierte mitraten und taten; nicht allein über das Wohl und Wehe seiner Zahlstelle, sondern des ganzen Bezirks; und dieses wieder muß dem ganzen Verbande zugute kommen. Da hat mich denn ungemein gefreut, daß die Mehrzahl der Delegierten, und ich glaube wohl alle, mit Ausnahme des einen, den Verhandlungen mit Aufmerksamkeit gefolgt sind. Dieser eine Fall zeigt uns aber auch noch ein zweites, und zwar als Folge des ersten, worin hier noch eine gewisse Rücksichtslosigkeit besteht: daß ist die Disziplinlosigkeit, Rücksichtslosigkeit auf andere. Wenn ein Kollege den Nebener und die Zuhörer wiederholt durch Zwischenrufe stört, trotz mehrfacher Ermahnung durch den Vorsitzenden, und auch andere Kollegen, so ist das gar nicht zu verzeihen, und darf unter keinen Umständen wieder vorkommen, zumal der betreffende Kollege, nachdem er das Wort erhalten hatte und aufgesfordert wurde, sich mir mal ordentlich auszusprechen, nichts zu sagen wußte und mit einem Male von beruflicher Persönlichkeit gesetzt wurde. Wenn das Andergedachte mit dem Bewußtsein tun, die Verhandlungen zu stören, so kann man das wohl verstehen, aber bei einem Kollegen, der doch dieselben Interessen haben sollte, läßt sich das schwer verstehen. Um so mehr muß das Taktgefühl der übrigen Delegierten hervorgehoben werden, die dem Betreffenden gegenüber nicht dieselbe Rücksichtslosigkeit gelitten haben. Wie schon gesagt, zum Delegierten ist gerade der tüchtigste Kollege gut genug, aber da muß nun gesagt werden, daß mancher Kollege aus fässcher Bescheidenheit oder auch aus Neugierde sich drückt, das Amt des Delegierten zu übernehmen, obwohl gerade er bestigt dazu wäre. Wir kommen ja nun, wie schon gesagt, nicht zum Vergnügen zusammen sondern zu ernster Arbeit. Das erfordert Opfer, sei es an Zeit oder Geld, oder persönlichem Wohlbehagen, oder Familiensicht, oder anderem mehr. Wer aber die Wichtigkeit der Organisation, besonders in unserem Verbande, richtig erkannt hat, wird auch gern ein Opfer dafür bringen. Es darf sich keiner sagen, wenn ich nur Vor teil dabei habe, was lämmern mich die andern! O nein, lieber Bruder, das ist Selbstsucht und keine Mächtigkeit. Es heißt in der Heiligen Schrift: "Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst." Und das Wort, das Gott der Herr zu Adam sprach: "Wo ist dein Bruder Abel?", das gilt auch heute noch und gilt auch uns, wenn wir uns um das Wohl und Wehe unserer Mitbrüder nicht kümmern wollen. Mancher wagt da nicht zur Konferenz zu gehen, weil er meint, er sei nicht rednerisch veranlagt, und mache sich dann lächerlich, wenn er mal stehen bleibe. Das ist gar nicht der Fall. Mich freut es immer sehr, wenn z. B. ein polnischer Kollege, der sich im Deutschen nicht geläufig ausdrücken kann, seine Wünsche und Beschwerden dennoch in deutscher Sprache vorbringt. Man sieht daraus die Rücksicht auf die deutschen Kollegen; man merkt, der hat den besten Willen, mitzuwirken an den Aufgaben unseres Verbandes, daß wir in wirtschaftlichen Fragen einig sein müssen, ob polnisch oder deutsch, ob katholisch oder evangelisch. Oder auch der deutsche Kollege, dem die Gabe der Seele nicht gegeben ist. Mögen die Worte auch unbeholfen, die Söhne manchmal verfehlt herauskommen, wer mit dem Herzen und dem Verstand bei der Sache ist, wird schon das Rechte treffen, und die Zuhörer werden sich schon zusammenreimen, was und wie es gemeint ist. Und dann: Übung macht den Meister; das nächste Mal wird's schon besser gehen. Es wurde dann hergehoben, daß die Agitation unter den polnischen Kollegen schwierig sei; es wurde gestellt über Mangel an intelligenten, zur Agitation tauglichen, polnischen Kollegen. Ich habe auf der Konferenz einen anderen Eindruck gewonnen. Trotzdem ich nicht polnisch verstehe, habe ich doch an der Art des Vortrages, an der Aufmerksamkeit, mit welcher die Zuhörer ihren Worten folgten, den Eindruck gewonnen, daß es eine ganze Menge polnischer Kollegen gibt, die sich sehr wohl zur Agitation eignen, wenn sie nur ihre Kräfte einzehlen wollen.

Wohlstehend verblieb es auch, daß mehrere polnische Kollegen besonders den Zusammenschluß in christliche Gewerkschaften betonten und freie sowohl wie polnische Gewerkschaften und katholische Fachabteilungen ablehnten. Wenn die Kollegen so gekommen sind, läßt sich auch hier im Osten weiter bauen.

In wirtschaftlichen Fragen müssen wir zusammenstehen, da darf uns nicht Konfession oder Nationalität trennen. Unsere religiösen und nationalen Ansichten können wir in unseren konfessionellen und parteipolitischen Vereinen betätigen, da wird sich jedem dazu Gelegenheit bieten. Es ist gar nicht nötig, daß wir in solchen Fragen alle eine Rücksicht haben. Ein jeder Körper hat seine verschiedenen Glieder und jedes davon seine besondere Aufgaben zur Gefünderhaltung des Körpers. So hat auch jedes Volk seine verschiedenen Parteien, die haben auch jede ihre besondere Aufgabe, daß der Körper des Volkes gesund bleibt. Wenn ich zum Beispiel in politischen Fragen anderer Meinung bin, wie Freund Becker von der Baugewerkschaft, so wird er mir das nicht übelnehmen, so wenig, wie ich ihm. Wir gehören eben verschiedenen Parteien an; in gewerkschaftlichen Fragen stimmen wir darum doch über ein. Hoffentlich nimmt er es mir auch nicht übel, wenn ich ihm an dieser Stelle noch mal besonders dank für seine trefflichen Ausführungen über Lohnbewegung und Agitation. Der laute Beifall am Schlusse hat ihm ja gezeigt, wie sie von den Kollegen aufgenommen wurden. So bin ich denn auf meinem einsamen nächtlichen Wege zu dem Resultat gekommen, daß die eine Ausnahme auf der Konferenz — die erste, seit ich den Konferenzen beitrete, und hoffentlich auch die letzte, — tief bedauerlich war, daß wir aber auch hier eine Menge Kollegen haben, die denen in anderen Gegenden in nichts nachstehen, und daß die meisten, wenn nicht alle, den besten Willen zeigten, sich immer mehr zu bilden und mitzuwirken an dem Gebäude der christlichen Gewerkschaft, zum Wohle der christlichen Bauarbeiter, besonders auch in der Provinz Posen.

Nach der trefflichen Mahnung des Vorsitzenden an die Kollegen wird wohl jeder mit Beständigkeit zurückdenken, und ich meine, wir sind alle von der Konferenz zurückgeföhrt an Erfahrung reicher, aber auch mit dem festen Willen, mehr noch wie bisher mitzuwirken an der Stärkung und Verbreitung unseres Verbandes. Ich drücke jedem im Geiste noch einmal die Hand, der hier mithelfen will. Alle Mann an die Arbeit! dann wird die Freude von der Rücksichtslosigkeit des Ostens bald ins Reich der Sage gehören. Die Sache ist es wert, daß wir unsere besten Kräfte dafür einsetzen. Jeder muß auf seinem Teil mitarbeiten, zu Hause, auf der Arbeitsstelle, in der Werkstatt, drinnen und draußen, nicht allein bei den indifferenzen Kollegen, sondern auch bei den bereits organisierten, sei es in den freien oder polnischen Gewerkschaften oder in den Fachabteilungen, alle müssen von der Rücksicht unserer Sache überzeugt werden. Die christlichen Gewerkschaften müssen siegen auf der ganzen Linie. Das walte Gott!

## Cüberkampf-Bekämpfung.

Die große Bedeutung der Alters- und Unfallversicherung läßt sich nicht mit ermessen an den zahlreichen Gefangen- und Gefangenen, die heute schon eine hohe Anzahl an Alters- und Unfallrente, sondern sie kommt erst so recht in den Vordergrund, wenn man zwei Sitzungen für die Sozial-

gesundheit, speziell im Kampf gegen die Tuberkulose erordnet. Ganzamerweise haben aber die Mittel dieser Tuberkulosebekämpfung, die Lungenheilstätten, auch in Deutschland heute noch einflussreiche Gegner. Und außäußerweise Sozialpolitiker, die sonst auf einem sehr fortgeschrittenen Standpunkt stehen und haben. Demgegenüber ist es von großem Interesse, die Befürworter zu vergleichen, die das Reichsversicherungsamt über die Erfolge veröffentlicht, die die Lungenheilstätten aufzuweisen haben und die von Jahr zu Jahr in steigendem glänzenden Lichte erscheinen. Nach diesem Jahrematerial wurden auf 100 ständig wegen Lungentuberkulose behandelte Personen Heilerfolge in der Weise erzielt, daß Erwerbsfähigkeit in absehbarer Zeit nicht zu befürchten war: im Jahre 1902: 78, 1903: 80, 1904: 79, 1905: 82 und 1906: 83. Auch über die Dauer der Heilerfolge liefert die angezogene Statistik das notwendige Material. Als Vorbemerkung diene, daß, um die Statistik der Dauer der Erfolges auf eine zunächst sichere Grundlage zu stellen, alle diejenigen Fälle, welche einer Nachprüfung nicht unterzogen worden sind, von der Gesamtheit aller behandelten Fälle von vorherher in Abzug gebracht wurden. Auf 100 Personen wurde somit Erwerbsfähigkeit verhindert bis zum Schlusse des Jahres 1906 von den im Jahre 1902 ständig behandelten und kontrollierten bei 42; aus 1903 bei 48; aus 1904 bei 55 und von den 1905 behandelten bei 65. Aufschlüssel sind auch die steigenden Erfolge in bezug auf die Dauer der wiedererhaltenen Erwerbsfähigkeit. Während von allen 1902 überhaupt behandelten tuberkulösen Männern und Frauen nach Ablauf des zweiten und dritten Jahres einschließlich des Behandlungsjahrs 58 bzw. 50 Proz. noch erwerbsfähig waren, weisen die Tuberkulösen aus 1903 nach Ablauf der gleichen Zeiträume noch 60 bzw. 58 Proz. und diejenigen aus 1904 sogar noch 62 bzw. 55 Proz. aller Behandelten mit fortlaufendem Erfolg auf. Von allen Tuberkulösen des Jahres 1905 endlich werden nach Ablauf des zweiten Jahres einschließlich des Behandlungsjahrs sogar 66 Proz. als arbeitsfähig gezählt. Der Grund dieser erfreulichen Erziehung liegt nicht nur in der sorgfältigeren Auswahl des Krankenmaterials — was man teilweise zu behaupten beliebt —, sondern auch in der vollkommeneren Ausgestaltung des Heilverfahrens selbst an der Hand der seither gemachten Erfahrungen.

Interessant sind auch die Vergleiche mit den wegen anderer Krankheiten als Lungentuberkulose überhaupt behandelten Männern und Frauen. Von diesen waren nach zwei Jahren aus dem Behandlungsjahr 1902: 55, aus dem Jahre 1903: 58 und aus dem Jahre 1904: 61 Proz. nach drei Jahren aus dem Jahre 1902: 48, aus dem Jahre 1903: 54 und aus dem Jahre 1904: 56 Proz. erwerbsfähig geblieben. Nach vier Jahren sind die Heilerfolge aus dem Jahre 1902 weiter auf 46, die aus dem Jahre 1903 auf 50 Proz. und nach fünf Jahren Heilerfolge aus 1902 auf 43 Proz. zurückgegangen. Die Dauererfolge in der Heilbehandlung der Tuberkulösen können somit den Vergleich mit den Nichttuberkulösen wohl ausstellen.

Ein noch besseres Ergebnis in bezug der Heilbehandlung der Tuberkulösen weisen die verschiedenen Sonderstatistiken einzelner Versicherungsanstalten, wie die der Hansastadt usw., sowie zugeschlossener Kasseneinrichtungen auf. Nehmen wir nur die Dauererfolge bis zum fünften Jahre der durch die Pensionskasse für die Arbeiter der Preußischen Eisenbahngemeinschaft durchgeführten ständigen Heilbehandlung heraus. Im Jahre 1906 betrugen sie 59,63 gegen 54,89 Proz. im Jahre 1905; gewiß ein glänzendes Ergebnis. Nun ist ja nicht zu verkennen, daß die besondern, der Gesundheit der Heilbehandelten angepaßten Arbeitsverhältnisse, die die Eisenbahnbahnhöfe den betreffenden Arbeitern vielfach gewährt, mit zu der hohen Zahl der Dauererfolge beigetragen hat. Dieser Umstand wird die Erfolgsziffern der angezogenen Kasseneinrichtung wohl dauernd über den allgemeinen Durchschnitt nicht nur, sondern auch über die besten Erfolge einzelner Versicherungsanstalten herausheben, da deren Heilbehandelte in sehr vielen Fällen nach ihrer Entlassung aus der Heilanstalt wieder zu ihrer alten, gesundheitsgefährdeten Arbeit zurückkehren müssen; dadurch wird mancher Erfolg auf die Dauer wieder vereitelt. Es kommt weiter in Betracht, daß die Verwaltung der Eisenbahnen bei der Einstellung der Arbeiter eine größere Auslese vornimmt, somit weniger Alkoholiker — das kann man ruhig annehmen — in den Reihen ihrer Arbeiter zählt. Damit ist aber auch zu gleicher Zeit der Fingerzeig gegeben, wo angezeigt werden muß, um den Kampf gegen die Tuberkulose noch weit erfolgreicher zu gestalten. Besonders in der Bekämpfung des Alkoholismus könnten die Versicherungsanstalten unseres Erachtens sehr viel leisten.

Aus vorstehenden Darlegungen scheint doch wohl hervorzugehen, daß die Heilstättenbewegung die energischste Förderung verdient. Gewiß, Wunder werden durch die Heilstätten auch nicht bewirkt. Wenn sie aber annähernd 50 Proz. der in ihnen behandelten Tuberkulösen sowohl heilen, daß sie für 5 Jahre und mehr wieder erwerbsfähig sind, dann haben sie ihre Notwendigkeit glänzend nachgewiesen und ihr weiterer Ausbau erscheint recht wohl geboten.

## Verbandsnachrichten.

**Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagsmorgen für die laufende Nummer bearbeitet werden.)**

Maurer.

**Barmen-Gelsenfeld.** Die allgemeine Ausregung über unsere diesjährige Lohnbewegung ist vorüber, und nun kommt es ganz von selbst, daß auch die Bauarbeiter sich wieder einmal damit beschäftigen, wie die bestehenden Bauarbeitervereinsschriften zur Durchführung zu bringen sind, und was der Verbesserung bedarf. Ist es doch das kostbarste Gut, das der Arbeiter durch diese Bestimmungen geschützt haben will, und die Stimmung unserer Kollegen geht dahin, es ist besser, daß ein Unfall verhindert wird, als daß er passiert und muß vergütet (zu 2/3) werden. Wenn auch heute bei Unfällen, die nicht unwillig herbeigeführt werden, die Unfallversicherung eine Rente zahlt, so sind doch trotz dieser Rente die Geschädigten nur die Arbeiter. Wir haben nur die verschiedensten Schuldvorschriften für das Baugewerbe, die abgesessen von der Berücksichtung und Ungleichheit für das ganze Reich, in den einzelnen Punkten verbessert werden müssen, wenn nicht bald die Regierung sich verpflichtet, ein einheitliches Reichsbauarbeiterrecht zu schaffen. Über die einzelnen Bestimmungen möglichst klarheit zu verschaffen, hatten wir in Barmen sowie in Gelsenfeld gemeinschaftliche Versammlungen aller Bauarbeiter einberufen. Wie sehr wir damit das Richtige getroffen hatten, zeigte sich in der an den Vortrag anschließenden Diskussion. In dem Vortrag wurde uns gesagt, welche Berücksichtigkeit in den heutigen Bauarbeiterdurchschriften zu verzeichnen ist, wie die verschiedenen Gesetzesbestimmungen in Frage kommen und wie laut Statistik die hohen Unfallziffern noch immer bestehen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß ein einheitliches Geschäftsgesetz werden muß, das aber wiederum die Förderung der Bauarbeitereschaft Berücksichtigung findet. Bauarbeiter aus allen Reihen anzutreffen, die das Vertrauen der Bauarbeiter besitzen. Des weiteren, daß auch die Bauarbeitereschaft mit zur Befestigung dieser Prinzipien beitragen kann, indem sie nicht darauf kommt, daß die Strafbürokratie durchgeführt werden und jeder Berufstag gegen die Bestimmung gewehrt wird. In der Diskussion wurde bewußt, es sei möglich, daß ein-

ber über zehn Arbeitern an der Baustelle eine Baubude errichtet sei, wie es wohl die meisten Polizeivorschriften vorsehen. Die Gesundheit des einzelnen müsse hier in Betracht gezogen werden, und daher wäre es richtig, wenn nicht die Zahl der Arbeiter hierfür maßgebend wäre, sondern ein Zeitabschnitt, in der der Bau fertig sein könnte. Am richtigsten wäre es, wenn allgemein die Vorschrift bestände, daß an allen Neubauten, und Umbauten, wenn dieselben 10 Arbeitstage in Anspruch nehmen, eine Baubude und Abort zu errichten sei. Ganz besonders wurde Klage geführt über das Steinigen der Baubuden. In 4—5 Wochen würden die Baubuden kaum einzeln gereinigt. Auch über die Größe der Baubuden für die Zahl der Arbeiter beschwerte man sich allgemein. Die Vorschrift bestände zwar, daß für jeden am Bau beschäftigten Arbeiter 0,75 Quadratmeter Raum in der Baubude vorhanden seien müsse, aber vielfach müßte sich die doppelte Zahl mit dieser Raum begnügen. Auch an Gelegenheit in der Baubude mangelt es häufig. Frühstück und Brotzeit müssen häufigst eingetragen werden. In manchen Baubuden fehlt es auch an dem trockenen und festen Boden, wie ihn die Vorschrift fordere. Die Bauteonteile müßten auf diese Missstände aufmerksam gemacht werden, damit diese auf die Abstellung dieser Missstände drängten, da die Steigerung der Lungengesundheiten immer stärker sich unter den Bauarbeitern bemerkbar macht. Auch an Gerüst und Abdeckholz mangelt es häufig, so daß, wenn nicht schon durch die Organisation viel Aufklärung geschaffen werden, die Zahl der Unfälle noch höher sein würde. Zum Schlusse wurde in beiden Versammlungen eine Resolution angenommen, in der die Wunschi ausgesprochen wird, daß die meisten Unfälle auf die ungenügende Bauarbeiterbeschaffung und deren Handhabung zurückzuführen sei. Die Resolution ist auch den bietigen bürgerlichen Blättern zugesandt worden, um die breiteste Öffentlichkeit für diese gerechten Forderungen der Bauarbeiter zu interessieren. An den Kollegen wird es liegen, überall für die Durchführung der bestehenden Bestimmungen zu sorgen und jeden Verstoß zu melden. Die Versammlungen waren sehr gut besucht, ein Beweis, daß unsere Kollegen die Wichtigkeit des behandelten Gegenstandes erkannt. Zum Schlusse die Bitte an unsere Kollegen, wenn die nächste gemeinschaftliche Versammlung stattfindet, dann wieder alle zur Stelle zu sein, da ein gleich wichtiges Thema behandelt wird.

**Düsseldorf, 11. Juli.** In einer vom christlichen Gewerkschaftskartell am 9. Juli veranstalteten Versammlung referierte Herr Wolfsvereinsvorsteher Dietl aus M. Gladbach über die Reform der Arbeiterversicherung. Der Referent betonte, eine starke Erörterung sei vorhanden, um bei der Reformierung des ganzen Versicherungswesens den Arbeitern wesentliche Verbesserungen zu bringen. Die Arbeiterschaft müsse zu dieser wichtigen Frage Stellung nehmen und alle politischen Motive, die dazu berechnet seien, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter zu untergraben, stricken von sich weisen. Bei der Krankenversicherung sei die beste Reform die Zentralisation. Heute habe das noch 23 000 Krankenkassen aller Art. Die Mehrzahl sei nicht in der Lage, die gesetzliche Mindestleistung zu gewährn. Für Städte mit über 10 000 Einwohnern, und in den Landbezirken für die Kreise, dürfte nur eine Kasse bestehen. Dadurch würden ca. 12—15 000 große Kassen entstehen, welche in der Lage wären, im Sinne des Gesetzgebers dem Arbeiter zu nützen. Die Zentralisation bedeutet eine gewaltige Kosten- und Kräfteersparnis. Die Regierungsverordnung lehrt die Notwendigkeit der Zentralisation vor, zieht jedoch nicht die Konsequenzen daraus. Das geschehe deshalb, weil die Regierung nicht die Betriebskrankenkassen aufheben will, da in demselben das sozialdemokratische Element einflusslos sei. Redner fordert weiter, die Ausdehnungspflicht auf alle Personen, welche der Invalidenversicherung unterstellt sind, besonders sind es die Dienstboten, Landarbeiter, Privatangestellte und ein großer Teil der Heimarbeiter. Für diese in Krankheitsfällen im allgemeinen an wenigstens gesorgt. Auch das Streitverfahren müsse eine Änderung erfahren. Der heutige langwellige Instanzenweg sei durch allgemeine örtliche Schlichtungskommissionen viel schneller zu erledigen. An der gegenwärtigen Organisation der Verwaltung in den Krankenkassen müsse straffe festgehalten, und die Zweidrittelmehrheit den Arbeitern erhalten bleiben. Bei der Unfallversicherung sei erforderlich, daß die Arbeiter an der Geschäftsführung interessiert werden. Bis jetzt haben die Unternehmer allein zu bescheiden. Dieses Mitbestimmungsrecht dürfte aber nicht erlaubt werden durch Beitragsteilung. Das Unfallversicherungsgesetz sei der Ertrag für die abgedrückte Haftpflichtversicherung. Ferner tragen für die ersten 13 Wochen die Krankenkassen die Kosten, wo die Arbeitnehmer diese zu zwei Dritteln aufzubringen haben. Eine Beitragsteilung zur Unfallversicherung durch die Arbeiter geschieht also schon auf indirektem Wege. Die unteren Geschäfte müssen auch der Krankenkasse übertragen werden, da von hier aus eine bessere Führung mit den Verletzten genommen werden kann. Unbedingt sei eine Erweiterung der Familienunterstützung anzustreben, da die jetzige mit 20 Prozent viel zu niedrig ist. Sehr reformbedürftig sei der § 88 betr. die Kürzung der Renten, sowie die Weiterzahlung der sogenannten kleinen Rente. Bei der Invalidenversicherung weht ein sehr scharfer Wind bei der Prüfung der Frage, ob Invalidität vorliegt. Man geht schon dazu über, alten Arbeitern, die jetzt in der Industrie in der Stadt gearbeitet haben, zu sagen, sie sollen Landarbeiter werden. Die örtlichen Geschäfte müßten auch hier der Krankenkasse obliegen, da eine Bewertung der Erwerbsunfähigkeit und bis zu welchem Grade von dieser viel eher zu prüfen sei.

Die Diskussion über diesen lehrreichen Vortrag förderte noch manche Fälle zutage, die geeignet waren, den Reformgedanken ausleben zu lassen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

"Die heutige, im Vereinshaus zu Düsseldorf tagende, zahlreich besuchte Versammlung christlicher Arbeit stimmt den Ausführungen des Referenten bez. die Reform der Arbeiterversicherung zu und erklärt demgemäß: 1. Die Krankenversicherungspflicht ist auf alle Personen auszudehnen, die der Invalidenversicherung zwangsweise unterstellt sind, vor allem aber auf die Dienstboten, die Arbeiter und Angestellten in Privatdiensten, die Heimarbeiter sowie die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. 2. Zur Vereinfachung der Kassenverwaltung und zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Kassen ist eine Zentralisation zu schaffen. Dieselbe kann in der Weise erfolgen, daß für einen Bezirk etwa von der Größe einer preußischen unteren Verwaltungsbörde nur eine Krankenkasse besteht, je nach Bedürfnis mit mehreren Zahlstellen. Insbesondere müssen die Gemeindekrankenkassen in die Zentralisation einbezogen werden. 3. Die Verwaltung der Zentralkrankenkassen muß als örtliches Ausführungsorgan für die übrigen Versicherungsangebote ins Auge gefaßt werden; 4. die bisherige bewährte Verwaltungsorganisation der Krankenversicherung muß beibehalten werden; 5. eine Neugestaltung ist erforderlich bei dem Streitverfahren in der Krankenversicherung, da die Ausführungsbehörden im allgemeinen sich als richterliche Instanz nicht bewährt haben und die Prozeßführung bei den ordentlichen Gerichten dem Grundgedanken der Sozialgerichtsgebung nicht entspricht. Es sind daher bei den Zentralkrankenkassen partikuläre Schlichtungskommissionen einzurichten, gegen deren Entscheidungen die Revision beim Schiedsgericht auf die Revision beim Reichsgericht zulässig sind. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wird beansprucht: 1. Mitbeteiligung von Arbeitnehmern bei der Entschädigungsfeststellung; 2. Übertragung der aktiven Beläge der Unfallversicherung auf die Zentralkrankenkasse; 3. Schaffung der Krankenversicherung bei den Gewerkschaften."

Frankenhausbehandlung; 4. gesetzliche Beschränkung des Rechtes hinsichtlich der Herabsetzung und Entziehung rechtsträchtig festgesetzter Unfallrenten; 5. Unselbung der Berufskrankheiten als Betriebsunfälle. Die Versammlung protestiert gegen das seit einigen Jahren bestehende System: die Unfallentstädigungen möglichst niedrig zu halten und zu Bedürftigkeitsunterstützungen herabzuordnen, sowie bei nicht sehr erheblichen Körperdefekten (z. B. Fingerverlusten), eine wesentliche Erwerbsbeschränkung zu verneinen und jede Entschädigung abzulehnen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß bei minder schweren Unfällen in der Regel die Entschädigung durch Auszahlung eines Kapitalbetrages geleistet werden soll. Hinsichtlich der Invalidenversicherung erhebt die Versammlung Einspruch gegen die von der Reichsregierung veranlaßte strenge Auslegung des Begriffs: "Erwerbsunfähigkeit" und verlangt wohlwollende Prüfung sowie billige Rücksichtnahme auf die Verhältnisse der Versicherten, wenn dies auch eine Beitragserhöhung zur Folge haben sollte. Die Versammlung verlangt bei einer Reform des Invalidenversicherungsgesetzes, daß: 1. die örtlichen Geschäfte der Zentralfrankenkasse übertragen werden; 2. die Einführung von Zuschüssen bei völliger Arbeitsunfähigkeit, sowie für den Fall, daß Angehörige zu unterstützen sind, ins Auge gefaßt wird; 3. eine Zuschussversicherung mit Sparklasseneigenschaft eingeführt wird. Bezuglich der Vertreterwahlen fordert die Versammlung die Einführung der Verhältniswahl für die gesamte Arbeiterversicherung und fernerhin eine Vereinfachung des Wahlverfahrens bei den einzelnen Körperschaften."

Die Resolution soll den in Betracht kommenden Reichstagsabgeordneten sowie dem Reichstag selbst übermittelt werden.

**Erlenschwid.** Für unseren Ort stellte sich infolge der erhöhten Bautätigkeit in diesem Jahre das Bedürfnis heraus, eine Bahlstelle zu gründen. Die Firma 'Ewald-Fortsetzung' hatte in den letzten drei Jahren durch erhebliche Betriebsbeschränkungen fast das gesamte Wirtschaftsleben stillgelegt und zahlreiche Existenzruiniert. Die Hausbesitzer konnten infolge der leerstehenden Wohnungen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, zahlreiche Zwangsversteigerungen waren die Folge. Jetzt nimmt die Firma den Betrieb wieder in größerem Umfange auf, aber für die anzulegenden Arbeiter sind nicht genügend Wohnungen vorhanden. Durch die Erfahrung gewischt, zeigen die Privatleute keine Lust, selbst Häuser errichten zu lassen, sondern überlassen dieses der Bechenverwaltung selbst. Dieselbe lässt in diesem Jahre etwa 40 Häuser herstellen. An der Ausführung sind fünf Unternehmer beteiligt. Das Organisationsverhältnis ist ein zweig zu nennen, sofern es die Mauer betrifft. Jedoch

ein gutes zu erwarten, wobei es die Baustellen sind, die noch eine Anzahl Hilfsarbeiter indifferent. Die Zahlstelle ist durch das eifrigste Mitarbeiter der Kollegen auf 110 Mitglieder gestiegen. Der Versammlungsbesuch ist ebenfalls ein guter. Man sollte nun annehmen, da die Unternehmer in diesem Jahre im allgemeinen wenig zu tun haben, würden sie besser wie bisher dafür sorgen, daß die Mißstände beseitigt würden. Fast in jeder Versammlung werden neue Mißstände zur Sprache gebracht. Die Firma Walter von Röhringhausen steht in diesen Sachen an der Spitze, obwohl es von allen übrigen Firmen die leistungsfähigste ist. Wegen der Bauhuden und Abortanlagen haben wir wiederholt Beschwerde führen müssen. Auch sucht diese Firma bei jeder Gelegenheit den Vertrag zu brechen, indem die entsprechenden Löhne nicht gezahlt werden oder die Arbeitszeit verlängert wird. Die sozialdemokratisch organisierten Maurer bilden dazu hilfreiche Hand. Eine Kolonne dieser „tüchtigen Zentralverbändler“ arbeitet dauernd 11 Stunden. Sie erläutern unseren Kollegen gegenüber, sie müßten die Pfingstfeiertage wieder herausholen. Ist das die Disziplin, mit der der sozialdemokratische Verband bei jeder Gelegenheit ausschneidet?! An einer anderen Baustelle derselben Firma, wo ausschließlich Gewerken beschäftigt sind, ist noch nicht einmal eine Baubude vorhanden. Trotz alledem werden wir den Kampf nicht aufgeben, bis bessere Zustände geschaffen sind. Maßregelungen unserer Kollegen sind bei dieser Firma an der Tagesordnung. Wer sich nicht den unbedingten Anordnungen fügt, der fliegt. Von Schußgerüsten ist an diesen Baustellen auch nichts zu merken und ist es deshalb vor nicht langer Zeit schon zu einem Unfall gekommen, indem ein Kollege abstürzte und auf der Stelle tot blieb. An den Kollegen liegt es aber, daß sie dafür sorgen, daß mit der Zeit die Verhältnisse verbessert werden; dieses kann aber nur dann geschehen, wenn alle an der Stärkung der Organisation beitragen.

**Gelsenkirchen.** Am Samstag, den 4. Juli, tagte unsere 14tägige Mitgliederversammlung, die schlecht besucht war. Herr Spillner eröffnete die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Bekanntgabe der Abrechnung vom zweiten Quartal 1908, 2. Vortrag des Kartellsekretärs Rick über Haftpflicht und Unfallversicherung, 3. Diskussion, 4. Bericht der letzten Verwaltungsstellen-Delegiertenversammlung, 5. Baudelegiertenbericht. Zum ersten Punkt erstattete der Kassierer Kollege Ernst das Resultat der Abrechnung von der Zahlstelle Gelsenkirchen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Kollege Rick legte in klaren

## **Freitragende Steinwände.**

## Bon Fred Hooch.

Rauchtrud betont:

In der Hochbautechnik pflegte man bisher unbelastete Wände möglichst leicht zu konstruieren, da sie nur die Aufgabe zu erfüllen hatten, Räume zu trennen, oder zu umschließen ohne sonstige konstruktive Aufgaben zu erfüllen. Diesem Zwecke kann schon eine gepunzte Brettwand oder eine Drahtputzwand genügen; es kommt dann im wesentlichen darauf an, daß diese leichten Trennungswände, namentlich hinsichtlich der Feuer Sicherheit, den baupolizeilichen Vorschriften genügen. Diese letzten Wandkonstruktionen, welche die Ballenlage sehr wenig belasten, bietet dann noch den Vorteil, daß man sie an beliebiger Stelle auf die Ballen zu ziehen vermag, also von den Mauern der tieferliegenden Geschosse vollkommen unabhängig und in der Raumdisposition nicht beschränkt ist. Aber die leichten Trennungswandkonstruktionen besitzen andererseits doch manchen recht unangenehmen Fehler. Mit der Schallsicherung dieser Wände, namentlich der Drahtputzwände, ist es außerordentlich schlecht bestellt; aber den Mietern sind diese Drahtputzwände auch deshalb höchst unangenehm, weil beim Einschlagen von Spiegel- oder Bilderrahmen in der Stegel sofort größere Löcher oder Risse entstehen, und vielfach ist es passiert, daß der Haken an der anderen Seite wieder herauskam, eine Figur von einer Konsole herunterstürzte oder sonst einen Schaden anrichtete. Es sind dann „nagelbare“ Trennungswände aufgefunden, die aber gleichfalls den Schall verbreiten, während andere die Feuerprobe ziemlich bestanden haben. Manche Konstruktionen sind sehr gut und zweckmäßig, aber fast so kostspielig als dicke Steinwände, denen man doch wohl mit Recht den Vorzug gibt, wo irgend die Mittel

Es kann nicht gelungen werden, daß die Steinwand  
noch da, wo sie nicht als tragende Wand in Betracht  
kommt, die heile Steinmauerwand berührt, und daß eben  
wie vorhin ein Nebelknoten zu erwidern ist, daß nach sie

und ausführlichen Worten den anwesenden Kollegen den Wert der Kenntnis der Gesetze dar. Unkenntnis der Gesetze schützt nicht vor Strafe. Darum ist es eine Hauptaufgabe der organisierten Arbeiter, sich mit den Gesetzen näher vertraut zu machen, und die daraus entstehenden Rechte und Pflichten kennenzulernen. Redner beleuchtete abschließend den Zweck und die Aufgaben des Haftpflichtversicherungsgesetzes. Er kennzeichnete an der Hand von Beispielen, wer entschädigungspflichtig ist, und wer nicht als entschädigungspflichtig in Betracht geogen werden kann. Bezüglich des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes führte er an, was als Gewerbeunfall bezeichnet werden kann, wie aber in diesen Fragen noch große Unklarheit herrscht. Es empfahl sich daher, von seiner gegebenen Anleitung Gebrauch zu machen. An der Diskussion beteiligten sich nur wenige Kollegen, obwohl anzunehmen ist, daß manchem die Sache nicht klar genug war. Den Bericht der Verwaltungsstellen-Delegiertenkung gab Kollege Bill, den Baudelegiertenbericht erstattete Kollege Spillner. Letzterer betonte, daß eine große Anzahl Kollegen nicht zu den Sitzungen erscheine, obwohl die Delegiertenversammlungen immer durch Vorträge des Kollegen Beck interessant und belehrend gestaltet werden. Man muß selber einer großen Anzahl Kollegen das Zeugnis ausschreiben, daß sie unsere Zeit und deren Bedeutung nicht verstehen, noch weniger die Auflärungsarbeit zu würdigen wissen. Schon während des Vortrages muß man erleben, daß manche laut sprechen und sich Räuberpistolen erzählen. Anderen Kollegen wird es dadurch unmöglich gemacht, auch nur einiges aus dem Vortrag zu verstehen. Wenn diese Kollegen so weiter arbeiten wollen, müssen alle Bemühungen eines Lokalbeamten erfolglos sein. Aber es nicht für notwendig hält, in den Versammlungen Ordnung zu bewahren, der bleibt besser draußen. Nur von einigen Kollegen wird der freigestellte Kollege unterstützt. Wie ein Wohl ruht es schon einige Jahre auf der Zahlsstelle Gessentkirchen, daß fast in allen Versammlungen einige Nörgler über dieses oder jenes sich Sympathie zu verschaffen suchen. Das muß doch endlich einmal aufhören, denn jene Kollegen, die in diesem Sinne arbeiten, sind keine Förderer unserer Organisation, sondern sie tun dieselbe auf das schwerste schädigen. Deshalb, Kollegen, hinweg mit allen kleinen Vorwürfen, vergeßt, was früher war. Neues Leben, neue Begeisterung, zu den Versammlungen, wirtschaftliches, praktisches Arbeiten zum Gebot, unserer Organisation und zum Wohle für uns alle, das gebrauchen wir. Ein besserer Versammlungsbesuch aber auch kann uns als Arbeiter auf immer höhere Stufen unseres geistigen Bissens bringen. Darum Besserung nach jeder Richtung.

**Posen.** (Konferenzbericht.) Am 28. Junt tagte in Posen die diesjährige Bezirkskonferenz für die in der Provinz Posen liegenden Verwaltungs- resp. Zahlstellen. Vom Hauptvorstand war Kollege Becker (Berlin) erschienen. Delegierte waren 22 Zahlstellen entsandt. Unentschuldigt fehlten die Delegierten der Zahlstellen Mogilno, Rogasen, Rokitten, Blesen; zwei Zahlstellen hatten sich entschuldigt. Die Agitationskommission war vollzählig erschienen. Die Delegierten vertraten eine Mitgliederzahl von über 1650. Kollege Franz eröffnete die Konferenz und begrüßte die Erschienenen. Zum ersten Vorsitzenden wurde Kollege Rinzel (Posen), als zweiter Vorsitzender Kollege Schillert (Schwerin a. W.), Kollege Füllerer (Bud) als Schriftführer, Heinze (Hohensalza) und Dopieralski (Rostow) als Beisitzer gewählt. Kollege Franz erstattete alsdann den Tätigkeitsbericht, aus dem hervorging, daß trotz aller Schwierigkeiten, welche zu überwinden waren, es dennoch vorwärts gegangen ist. Das Bestehende ist erhalten geblieben und wurde die Mitgliederzahl von 1614 im Jahr 1906 auf 2060 in 1907 erhoben. In Neuaufnahmen waren über 1300 zu verzeichnen. Leider gingen zwei Drittel der Neuaufgenommenen verloren. Sogen eine derartige Fluktuation muß von allen Vorständen energisch gearbeitet werden, damit das einmal Errungene auch behauptet wird. In Kämpfen war das vergangene Jahr reich, durch welche auch für einen großen Teil der Kollegen die Lebenslage verbessert werden konnte. Für 873 Mitglieder ist der Lohn um 2–5 Pf. gestiegen, für 464 Mitglieder ist die wöchentliche Arbeitszeit um 3–6 Stunden gekürzt worden, durch die Lohnreihöhungen ist die jährliche Einnahme unserer Kollegen um 84 500 M. gestiegen, pro Mitglied 90,70 M. Ein Beweis dafür, daß die niedrigen Beiträge, welche die Organisation fordert, hochverzinst den Kollegen zurückgezahlt werden. Zum Abschluß rückte Kollege Franz noch einen warmen Appell an alle Delegierte, von nun an in eine energische und intensive Agitation für unseren Verband einzutreten. Ferner müßte die störste Sorgfalt auf das Haustassiererwesen gelegt werden, es dürfte nicht vorkommen, daß Mitglieder wochenlang rückständigbleiben. Die Kassierer müssen pünktlich nach jedem Vierteljahr, es zum 15. des nächsten Monats ihre Abrechnungen mit dem Verwaltungsstellenkassierer oder mit dem Hauptkassierer abschließen. Es darf nicht vorkommen, daß Zahlstellen nur halbjährlich abrechnen, auch müssen die Stebisseuren besser auf dem Posten sein. Es sollten aber auch die Mitglieder die Abrechnung, wenn die Zeit dafür da ist, vom Kassierer verlangen.

icht an beliebiger Stelle auf die Balkenlage setzen kann, sondern sie durch Träger oder Gurtbögen abfangen oder auf eine Tragewand stellen muß.

Diese Erwägungen haben in letzter Zeit dazu geführt, freitragende Steinwände zu konstruieren, welche weder Träger noch Balkenlage belasten, sondern zwischen zwei Tragwänden aufgehängt werden. Man könnte also derartige Wände z. B. freitragend zwischen „zwei Säulen“ herstellen, d. h. ohne Ausführung einer Balkenlage und ohne Verwendung von Trägern. Zu Versuchszwecken sind denn auch von der Kgl. Materialsprüfungsanstalt in Berlin auf dem Versuchsterrain beim Bahnhof Groß-Lichterfelde-West derartige Wände ausgeführt worden. In der Praxis sind derartige Konstruktionen bereits in umfassendster Weise von Baubehörden und Privatbaumeistern in Berlin angewendet worden, und zwar nicht nur zur Herstellung von Trennungswänden in Wohn-, Geschäfts- und Fabrikgebäuden, sondern auch für Giebelwände, Umtäufungsmauern usw.

Diese freitragenden Steinwände werden aus größeren porösen Ziegelsteinlochplatten zusammengesetzt, damit nur ein geringer Aufwand von Zuggemörtel erforderlich wird. Die Porosität der Steine ermöglicht die Täfelung, und die Kanäle in den Platten bilden einerseits eine gute Isolierung und verringern andererseits das Gewicht der großen Platten, so daß sie ohne besondere Schwierigkeit von den Mauern gehandhabt werden können. Diese Platten, welche ich in Berlin mehrfach gesehen habe, sind 33 Zentimeter lang, 19,5 Zentimeter breit und 6,5 Zentimeter stark. Diese Größe soll sich nach vielfachen Versuchen als besonders praktisch erwiesen haben. Es wäre aber nicht einzusehen, warum nicht schließlich auch noch andere Formate geeignet sein sollten; nur kleine Steine von Ziegelformat sind nicht zweckmäßig, weil dadurch die Maurerarbeit zu kostspielig wird.

Diese freitragenden Bände aus porösen Ziegelsplatten werden in der Weise hergestellt, daß der obere Teil gleichsam einen von einer tragenden Mauer zu anderen gebauten Steinballen darstellt, während der untere Teil des Stank an diesem Steinballen hängt, also leicht

Kollege Beder referierte hierauf über Agitation und Sohnheitsbewegungen. Aus der Diskussion und Berichterstattung ging hervor, daß außer einigen Klagen es überall mit der Bewegung vorwärts geht, was freudig begrüßt wurde. Den Bericht der Agitationskommission erstattete Kollege Einzelt. Er hob hervor, daß viele Frauen Gegner der Organisation sind; dieselben müßten aufgeklärt und ihnen gezeigt werden, was alles die Organisation geschaffen hat. Wollen wir vorwärts kommen, so schloß Weßner, und unsere Lebenshaltung verbessern, muß jeder Kollege ein eifriger Agitator unseres Verbandes sein. Ein Beitrag auf Vergroßerung des polnischen Organs wurde von vielen Delegierten gestellt und zur Berücksichtigung an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften überwiesen. Punkt fünf der Tagesordnung betraf die Einführung eines Bezirksbeitrages von 50 Pf. pro Mitglied und Jahr. Derselbe soll durch eine besondere, vom Bezirksvorstand dazu ausgegebene Marke quittiert werden, wovon 40 Pf. der Bezirkstasse und 10 der Lokalkasse zufallen sollen. Der Zweck des Bezirksbeitrages ist, Mittel zu größerer Agitation zu schaffen. Nach Begründung des Antrages durch den Bezirksleiter wurde derselbe nach kurzer Debatte fast einstimmig angenommen. Dieser Beschuß hat nach unserem Statut (§ 8) bindende Kraft für jede Zahlstelle sowie für jedes Mitglied. Somit fand nach 6½ stündiger Dauer die gut verlaufene Konferenz ihre Beendigung, von der alle Teilnehmer mit neuen Anregungen in ihren Heimatort zurückkehren konnten. Mit einem kräftigen Hoch auf den Centralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter in der Provinz Böhmen schloß der Vorsitzende kurz nach 6 Uhr die Konferenz.

**Großohrenbrunn.** Wenn es auch lange gebauert und einen großen Kampf gekostet hat, bis sich die Kollegen von hier dazu bewegen ließen, ihre Extrabeiträge vom Jahre 1907 zu entrichten, so können wir heute mit Freuden konstatieren, daß sie jetzt anders geworben sind. Am Sonntag, den 28. Juni, erläuterte Kollege Bödler aus Nürnberg in einer Versammlung den Zweck der vorigjährigen Extrabeiträge. Darauf wurde einstimmig beschlossen, diese Beiträge im Laufe des heurigen Jahres zu bezahlen. Einige Kollegen mußten es sichtlich erfahren, daß der Hauptvorstand alle Unterstüzungsgesuche zurückweist, wenn in diesem Punkte die Pflicht nicht erfüllt ist. Daher war die Annahme zur Baylung der Extrabeiträge sehr notwendig und für die Kollegen von großem Vorteil. Bei dieser Gelegenheit möchten wir alle Kollegen, die zur Verwaltungsstelle Nürnberg gehören, daran erinnern, daß kein Unterstüzungsgesuch bei der Zentrale gestellt werden kann, wenn sie mit ihren Extrabeiträgen im Rückstande sind. Um dem vorzubeugen, tut der Vorstand derjenigen Zahlstellen, welche bis heute in diesem Punkte ihrer Pflicht noch nicht nachgekommen sind, gut, daß sie zu sorgen, daß ihre Mitglieder die Extrabeiträge nachzahlen. Bei allen Kollegen, die dieses nicht beachten, wird die Zentrale

Königsberg. Am 21. Juni fand im Lokale des Herrn Schlewincki die erste ostpreußische Bezirkskonferenz statt. Derselben war vom Centralvorstand der Hauptklassierer Kollege Jakobi aus Berlin erschienen, auch sämtliche Bahnhöfe Ostpreußens außer Słobodzien und Wartenburg waren durch Delegierte vertreten. Um 11½ Uhr eröffnete der Bezirksleiter, Koll. Schöneläss, die Konferenz. Nachdem er die Anwesenden begrüßt, wurde als Schriftführer Koll. Windzus (Königsberg) und von den Auswärtigen, Koll. Grabowski (Neidenburg) gewählt. Erster Punkt der Tagesordnung war Geschäfts- und Kassenbericht des Bezirksleiters. Selbiger führte aus, daß trotz der schlechten Konjunktur die Mitgliederzahl fast dieselbe wäre, wie im vorigen Jahre. Bahnhöfe wären 5 mehr, nämlich statt 13 im vergangenen Jahre, wären es jetzt 18 Bahnhöfe. Mitglieder wären im Jahre 1907 im ganzen 1863, davon waren 1267 Maurer, 126 Zimmerer und 470 Arbeiter. Jetzt im ganzen Bezirk 1853, davon 1342 Maurer, 136 Zimmerer und 875 Arbeiter. Also in diesem Jahre eine Zunahme der Maurer um 5, der Zimmerer um 10, während Arbeiter 95 weniger zu verzeichnen sind. Über statt zwei Bahnhöfen im Vorjahr haben die Arbeiter jetzt sieben Bahnhöfe im Bezirk. Lohnsteigerungen wurden sechs geführt und Lohn erhöhungen von 1—8 Pf. erzielt. Dann betonte Webner, daß sich hier im Osten noch sehr viel für unsere Sache tun ließe, denn die Arbeiter wären größtenteils national gesinnt. Aus dem Bericht der Delegierten ging her vor, daß die Bautätigkeit in diesem Jahre nicht sehr rege wäre, außer in Memel, wo viel zu tun sei. Der Delegierte aus Heilsberg erwähnte, die Meister dort selbst hätten Arbeitszeugnisse eingeführt, durch verschiedene Stempelung derselben ginge her vor, wer faul und wer fleißig wäre. Kollege Kuhnke (Königsberg) war ebenfalls der Meinung, Ostpreußen wäre ganz für unsere Bewegung zu haben. Dann sprach Kollege Jakobi darüber, daß zu wenig andere Berufskollegen, B. Zimmerer und Bauhofsarbeiter organisiert wären, und dieses wäre bei einem Streit sehr mißlich. Wenn der Verband gesund und leistungsfähig bleiben sollte, müßte hauptsächlich die innere Arbeit, die Geschäft- und Kassenführung vorstehen. Er gab einen ausführlichen Bericht über Ge-

Stützen, Unterzüge oder vergleichene braucht. Selbstverständlich wird man in der Praxis die Wände dennoch auf die Balkenslage setzen, wo dazu die Möglichkeit gegeben ist, aber die Balken können ruhig abbrennen und stürzen, die freitragenden Steinwände würden dennoch zwischen den beiden Tragwänden hängen bleiben. Der obere Teil derartiger freitragender Wände greift beiderseitig etwa 5 Centimeter in die tragenden Nachbarwände ein, mit denen sie rechts und links in Verbindung steht. Die Eisenbewehrung, die zugleich den unteren hängenden Teil mit dem oberen, als Steinbalken dienenden Teil der Wand verbindet, besteht aus Mundeisenstäben, welche wagerecht und senkrecht in die hierfür bestimmten Fugen eingelegt werden. In der Regel kommen die wagerechten Eisenstäbe in jede zweite oder dritte Fuge, und die Enden werden umgebogen, so daß sie in die angrenzende Wand bzw. in die Türzarge eingreifen. Auch unter der letzten Schicht und über der obersten wird ein derartiger Mundeisenstab verwendet. Die senkrechten Eisenstäbe ordnet man zu beiden Seiten der Türzargen und weitere Stäbe, je nach Erfordern, zwischen Türzarge und Stützwand an. In der Regel werden die vertikalen Stäbe in Entfermungen von circa einem Meter verwendet.

Das Kgl. Materialprüfungsamt der Technischen Hochschule in Berlin veranstaltete auf Veranlassung eines Berliner Baubureaus verschiedene Versuche mit derartigen freitragenden Wänden. Bei dem ersten Versuch sollte festgestellt werden, in welchem Maße die Wand wirklich die Fähigkeit besitzt, sich freizutragen, und mit welcher Tragfähigkeit bzw. Widerstandsfähigkeit gegen Erschütterungen man rechnen könne. Die Wand wurde zwischen zwei 5,50 Meter hohen und 5,50 Meter voneinander entfernt stehenden Pfeilern ausgeführt, die oben durch einen verankerten Holzbalken miteinander verbunden waren. Die Steine wurden in Zementmörtel verlegt; von etwa 2,50 Meter Höhe ab wurde die Wand in einen etwa 5 Centimeter tiefen Schlitz der beiden Seitenpfeiler eingelassen. Die Ausführung erfolgte im übrigen, wie es bereits oben beschrieben wurde. Die Mündungslöcher von 7 Millimeter Durchmesser lagen in jeder zweiten horizontalen Fuge.

schafts- und Kassenführung. Ebenso sollten die Vorstände für politische Abrechnung der Baustaffeler sorgen. Kollege Schönenkäs dankte für die Ausführungen des Referenten. Er verfasste ein Glückwunschiagramm, das während der Konferenz vom Kollegen Balinat (1. Vorsitzender von Königsberg) und Holl. Marschalek (1. Vor. von Ullstein) zur Teilnehmer am Arbeitsfortbildungskursus eingetroffen war. Es wurde festgestellt, daß die nächste Konferenz in Altenstein stattfinden soll. Zum Schluß konstatierte Kollege Schönenkäs, daß die Konferenz einen gefundenen Geist zeige; er dankte allen Anwesenden für die gute Aufmerksamkeit und bat, das Gehörte auch auszuhören, denn wenn alle Kollegen mitarbeiten, müßten wir immer vorwärts kommen. Er trug den Delegierten Griffe an die auswärtigen Kollegen auf. Mit einem dreimaligen Hoch auf den Verband wurde die Konferenz um 6 Uhr geschlossen.

**Württemberg (Kuhn).** In der letzten Mitgliederversammlung, die schwach besucht war, konnte man die Wahrnehmung machen, daß das Interesse der Kollegen an der Organisation nach dem Tarifabschluß immer mehr und mehr schwand. Die Pflichten eines wirtschaftlichen Gewerkschaftlers werden immer mehr vernachlässigt. Gab es während der Verhandlungsperiode gute, ja überfüllte Versammlungen, so kann man heute das Gegenteil konstatieren, der Versammlungsbetrieb ist ein geradzu misserbäler geworden. Nicht etwa, daß den Kollegen nichts geboten würde in den Versammlungen. Was kann der Vorstand zur Schulung der Kollegen da noch unternehmen, wenn die übergroße Mehrheit der Kollegen lieber in den Wirtschaften herumkneipt und in den Kulturlagern spazieren geht, als zur Versammlung kommt. Die Pflichten eines christlichen Gewerkschaftlers außer der Beitragszahlung scheint ein großer Teil der Kollegen nicht mehr zu kennen. Eigentlich muß man die Frage aufwerfen: "Warum werden Versammlungen abgehalten?" Erstaunlich, um sie zu schwägen? Dazu nicht, denn in den Versammlungen soll doch vor allen Dingen über das Wohl und Wehe der Organisation und deren Ausbau beraten werden. Wer da nicht mithilft, kann kein Gewerkschaftler sein, denn ihm fehlt gerade die Ausbildung und die Schulung. Ein solcher Kollege kann sich auch nie auf den Arbeitsstellen bei den Gremien oder sonstwo in genügender Weise verteidigen. Ebenso geht es mit der Diskussion, das Raden bleibt gewöhnlich dem Vorstande überlassen. Werben-Beschlüsse gefaßt, so nimmt man diese stillschweigend an, aber auf den Baustellen und außerhalb der Versammlung da wird kritisiert, da kann jeder reden, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, und doch wären wir herziglich zufrieden, wenn dies in den Versammlungen geschehen würde. Einen weiteren Mißstand bildet die Agitation auf den Arbeitsstellen. Vielfach kommt es vor, daß wenn ein Kollege auf der Arbeitsstelle aufzunehmen ist, erst der Lokalbeamte kommen muß. Jeder Kollege sollte doch ein Agitator sein, und es sich zur Pflicht machen, unsere Organisation überall in den Vorbergen zu stellen, vor allen Dingen auf den Baustellen. Es gibt noch Indifferente in genügender Zahl. Die Macht einer Verwaltungsstelle fühlt sich jedoch nicht allein auf eine große Mitgliederzahl, sondern hauptsächlich auf einen gut ausgebauten Vertrauensmännerapparat und dem Baudelegiertenverband. Funktionieren diese beiden Apparate, so ist der Vorstand jederzeit in der Lage, einen genauen Überblick über die ganze Lage am Orte zu geben, und da, wo es fehlt, helfen eingerufen. Hier wäre eigentlich ein Hauptbelebungsfeld eines richtigen Gewerkschaftlers, aber auch hier fehlt es in den meisten Fällen. Wohl lassen sich manche eine Baudelegiertenkarte in der Versammlung ausspielen, es werden auch Sitzungen besucht, wird aber ein einziges Mal an etwas schärferes Auftreten gemacht, mag es in der Kontrolle der Bücher sein, mag es sich um neu angefangene Kollegen handeln, mag es sich um die Schutzberechtigungen, die Abdeckung der Balkenlage, Gefüllte, Aufzüge und vergleichbare handeln, so bleibt man einschlafen von den Sitzungen, oder man entschuldigt sich, man habe nicht genugt, daß heute die Baudelegiertenlinzung stattfindet, verlangt evtl. jedes Mal eine schriftliche Einladung zu derselben, trotzdem diese fast in jeder Versammlung bekanntgegeben werden. Die Vertrauensmänner- und Baudelegiertenlinzungen sind gerade so notwendig, wie die Versammlungen, denn hier soll doch die Vorarbeit für die Versammlungen und die Verwaltungsstelle geleistet werden. Ein richtiger, pflichtbewußter Vertrauensmann oder Baudelegierte sollte niemals nach einer Sitzung fragen, sondern sollte dieselbe stets im Gedächtnis haben. Für die Lauheit, die sich in den letzten Wochen bemerkbar gemacht hat, kommt wohl noch ein anderer Umstand in Betracht, und zwar das Verhandlungsschema bei den diesjährigen Verhandlungen. Manche Kollegen sind der Meinung, das Mitbestimmungsrecht gehe ihnen verloren, was in gewissem Sinne auch so aus sieht, denn man kann sich in die neuen Verhältnisse nicht gut hineindenken. Es wird nicht bedacht, daß durch die Zentralisation die Arbeitgeber heute auch zu einem Machtfaktor herangewachsen sind, der ebenfalls ein Wort in der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitreden will. Wenn nun ein Teil der Mühlheimer Kollegen glaubt, es hätte mehr für

sie geschehen können, so muß vor allen Dingen in Betracht gezogen werden, daß die Mühlheimer Unternehmer es längst vernichtet haben, mit uns zusammenzutreffen, um über die örtlichen Differenzfragen zu beraten, und jede Sitzung ablehnten, mit dem Bescheide: "Die Regelung der Differenzen überlassen wir unserer Bundesleitung". Diese Monente mögen zu etwas Missstimmung unter den Kollegen angeregt haben, aber zur Lauheit sollten sie niemals Veranlassung geben, sondern das Gegen teil sollte der Fall sein. Schon der Gedanke, einer großen, starken Organisation anzugehören, mit so viel Tausenden von Mitgliedern, die an einem Bielefelder Vertrag der Lohn- und Arbeitsbedingungen, der ganzen Lebenslage, gemeinsam arbeiten, sollte jede Bestimmung befehligen. Vor allen Dingen muß die Organisation mehr von der idealen Seite betrachtet werden, denn ihr sind noch weit höhere Aufgaben gestellt, als materielle Vorteile zu erringen. Um dieses zu erreichen, ist jedoch eine große Schulung und Ausklärung der Kollegen notwendig. Nur dann kann dies erreicht werden, nur dann kann die Organisation den an sie gestellten Kulturaufgaben gerecht werden, wenn jeder Kollege sich voll und ganz in den Dienst der guten Sache stellt, nur dann, wenn jeder seine Pflicht genau erfüllt, kann er auch Rechte geltend machen und auf Erfolge rechnen. "Es ist ein mächtig Wort, spricht's einer ernst und still; die Sterne reiht's vom Himmel fort, das eine Wort: ich will."

**Nürnberg, 28. Juni.** Heute fand unsere Monatsversammlung statt. Zu derselben war Bezirksleiter Lange erschienen. Derselbe erläuterte den neuen Tarifvertrag, und teile mit, daß der Tarif noch immer nicht vollständig anerkannt sei. Da für einige Wohngebiete noch Differenzen bestehen, habe die "M.-West. Arbeitgeberzeitung" mitgeteilt, daß der Tarifvertrag erst dann in Kraft trete, wenn die örtlichen Unterschriften vollzogen wären. Das Essener Einigungsaamt hat an alle im Tarifgebiet in Frage kommenden Gewerbegerichten den Tarif gesandt, damit diese bei evtl. anhängig gemachten Klagen laut Tarif die Entscheidungen treffen können. Eine nochmalige Verhandlung in Berlin wird klarheit bringen. Nach dem neuen Tarif müssen im Landkreis Gunnersbach für Maurer 52 und für Bauhilfsarbeiter 42 Pf. gezahlt werden. Da der Tarif für den ganzen Kreis Gunnersbach Gültigkeit hat, muß dahin gewirkt werden, daß derselbe allsorts anerkannt und durchgeführt wird. Zu bedauern ist die große Interesselosigkeit so mancher Kollegen. Würden bleie einzeln, welch großen Schaden sie durch ihr Verhalten der Allgemeinheit zufügen, dann würden sie schnell der Organisation beitreten. Da diese Leute zu den Versammlungen nicht kommen, muß man dieselben durch Hausagitation zu gewinnen suchen. Der Centralvorstand hat ein neues Flugblatt herausgegeben, damit muss die Hausagitation energisch betrieben werden. Die Kollegen erklären sich sofort bereit, die Hausagitation zu übernehmen. Hoffentlich gelingt es, die Unorganisierten zu gewinnen, und ihnen die Notwendigkeit der Organisation zum Bewußtsein zu bringen. Im Kreise Gunnersbach ist es besonders notwendig, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung zur vollen Gestaltung kommt. Ein Kollege bewirkt, daß dieses um so notwendiger sei, da einerseits die unglaubliche Sozialbenachteiligung am Wählen sei, und andererseits das zweifelhafte Verhalten einer gewissen überalen Richtung zu einem Nachdenken Anlaß gebe. Wer auch nur einigermaßen an die Verantwortung als Familienvater denkt, dem könnte es nicht einerlei sein, welcher Art Kunst er seine Kinder überantworte. Daher müsse ein jeder mit Begeisterung für die christlich-nationale Arbeiterbewegung eintreten. Zum Schluß wurden mehrere Fälle vorgebracht, wo die Unternehmer gegen den Tarif verstoßen. U. a. hält sogar der Vorsitzende des Gunnersbacher Arbeitgeberverbandes den Tarif nicht inne. Er läßt 10½ Stunde murschen und bezahlt daher natürlich auch 2 Pf. Lohn weniger pro Stunde. Der gute Herr kann das nur aus dem Grunde, da er ein Schacht Italiener und ein Schacht Nassauer, aus dem goldenen Grunde, hat. Diese verbreben mehr, als sie gutmachen können, und verhalten sich der Organisation gegenüber ablehnend. Der Unternehmer Prinz in Dieringhausen hat eine ganze Anzahl ohne Einhaltung der Kündigung entlassen. Trotzdem diese bereits alle im sozialdemokratischen Verband organisiert gewesen sind, hat der sozialdemokratische Verband nichts in der Sache getan. Es wurde noch manche gute Auseinandersetzung gegeben, und folgte dann Schluß der Versammlung.

**Trier.** Am 27. Juni fand in unserem Verbandslokale eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Schmidt-Berlin über das Thema: "Die Tarifentwicklung im deutschen Baugewerbe" sprach. Letzter ließ der Versammlungsbetrieb viel zu wünschen übrig, was sowohl vom Vortragenden, als auch dem Referenten beobachtet wurde. In seinen Ausführungen schilderte der Referent zunächst die Aufgaben, welche die Organisation sich gestellt habe, um dem Arbeitervante auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Eine der wichtigsten Aufgaben sei es, auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten. Auf diesem Gebiete habe gerade die Arbeiterschaft des Baugewerbes bedeutende Erfolge errungen, dieses ergebe sich am deutlichsten

aus der Tarifentwicklung. Im Jahre 1891 haben z. B. in Mainz vierzehn Tarifverträge bestanden, 1895 seien 13 gewesen, im Jahre 1900 sei das erste Hundert der abgeschlossenen Verträge überschritten worden, um bis zum Jahre 1907 auf über 500 heranzuwachsen. Bedenke man dabei, daß wir noch bis zum Jahre 1908 fast ausschließlich örtliche Tarife kannten, dagegen sich die Tarifgebiete in den nächstfolgenden Jahren bedeutend erweiterten, dann erbt sehr man, welche Erfolge innerhalb der letzten Jahre erzielt wurden. Heute steht das Baugewerbe an der Schwelle zum nationalen Reichsttarif. Dieses sei gewiß für jeden von uns, die wir nicht im fortwährenden Kampfe das Glück für uns suchen, eine erfreuliche Erhebung. Aber, so meint der Redner, in dieser erfreulichen Erhebung könne sich noch recht oft der Stachel der Enttäuschung bemerkbar machen, wenn wir es nicht verstehen, unsere Rechte geschlossen zu halten. Gerade durch die gewaltige Ausdehnung der Tarifgebiete könne die Tarifbewegung uns gefährlich werden, dieses jedoch nur dann, wenn sich die Kollegen durch ihre Erfolge einflussen lassen und sich nicht mehr mit vollem Eifer an der gewerkschaftlichen Bewegung beteiligen. Erfreulich sei es jedoch, daß die Kollegen fast allsorts die Situation verstehen, und mit unermüdlichem Eifer an dem Ausbau der Organisation arbeiten. Mögen sich die Trierer Kollegen, so schloß der Redner, ebenfalls auf ihre Pflicht beenden, dann brauchen sie nicht zu befürchten, daß ihnen der nächste Tarifabschluß eine Enttäuschung bringt. — Die anschließende Diskussion war eine lebhafte. Es zeigte sich, daß auch hier ein großer Teil der Kollegen die gewerkschaftlichen Pflichten voll erfaßt hat und gewillt sind, an ständiger Aufklärungsarbeit mitzuwirken.

### Bauhilfsarbeiter.

**Memmingen in Bayern.** Am Sonntag, den 21. Juni, hielt die hierige Ortsgruppe der sozialdemokratischen organisierten Bauhilfsarbeiter ihre Generalversammlung ab. Die Ortsgruppe wurde vor zwei Jahren gegründet und besteht zum größten Teile aus nichtsozialdemokratischen Mitgliedern. Seit einiger Zeit war eine Missstimmung innerhalb der Mitglieder mit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung vorhanden, der auf der Generalversammlung auch offen Ausdruck verliehen wurde. Ein anwesender Christliches Gewerkschaftsmittel gab noch einige Ausklärungen über die wahre Gestalt der sogenannten freien Gewerkschaften, worauf Kurzerhand die Auflösung der Zahlstelle und der Austritt aus dem sozialdemokratischen Verbände beschlossen wurde. Die gepflogene Ausprache war sehr interessant; so wurde offen zugegeben, daß die freien Gewerkschaften nur Rekrutenschulen für die sozialdemokratische Partei seien, und einige Mitglieder erklärten: Ja, wenn wir vorher gewußt hätten, daß der Bauhilfsarbeiterverband unter toter Flagge segelt, dann wären wir schon längst ausgetreten. Zu dieser Erkenntnis hat viel beigetragen, daß der Vorsitzende schon vor längerer Zeit in den christlichen Verband übergetreten ist, wenn auch einige Kollegen ihren früheren Kollegen dieserhalb mit Prügel bedrohen wollten. Das ist nun anders geworden, und ist es aus mit der Freiheit. Ihr Bauhandwerker von Memmingen und Umgebung, schließt euch dem Centralverband christlicher Bauhandwerker, Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands an.

### Steinarbeiter.

**"Der Steinarbeiter", Organ des sozialdemokratischen Steinarbeiterverbandes,** nennt unsere Kritik an dem Biewingschen Referat, gehalten auf dem Verbandstag genannten Verbandes, "Flegelhaft" und "pöbelhaft". Wir sagten: das Referat hätte neue Gedanken nicht enthalten, aber um so mehr hochlönende Worte und Phrasen. Auch sei es Biewing beinahe gelungen, den Verbandstag zu blamieren. Die Kritik an den christlichen Gewerkschaften fielen wir für kindlich. Hieraus etwas Flegelhaftes und Pöbelhaftes zu lesen, ist uns unverständlich. Wie die Begriffe von Anstand und Flegelheit von dem "Steinarbeiter" aufgezeigt werden, ist daher für uns ein unlösbares Rätsel. Unser Kritik, die doch sehr nüchtern war, brauchte man sich doch nicht zu überdrücken, besser wäre es gewesen, der "Steinarbeiter" hätte sich an seine eigene Vergangenheit erinnert. Wir erinnern uns noch genau des Gedichts, das der "Steinarbeiter" einem christlichen Gewerkschaftler widmete, in dem u. a. folgende Liebenswürdigkeiten enthalten waren: "Kriechtier", "Jesuitertier", "Graudenhammel", "Schwindelbute", "Muster-Thiere" und anderes mehr von dieser Güte. Neben dem christlichen Arbeiterkongress schrieb der "Steinarbeiter" in seinem Sonntagsblatt: "Schlame-Songez", "die Drahtzieher sind geschielte und geschorene Geistliche, Lehrer, Beamte und ähnliche Arbeiter". Das Referat Stegerwalds war nach dem Urteil des "Steinarbeiters" inhaltlich und rhetorisch keine Glanzleistung, es soll nur eine alltägliche Mittelleistung gewesen sein. Koll-Wieber soll am besten geredet haben, aber er hat "demagogisch" über die freien Gewerkschaften geredet und mit "jesuitischer Geschicklichkeit" dieses Reichstagsrede verschwiegen. Wir erlauben uns angesichts dieser Kritik und Schreibweise den

während die Stundensäulen über der Tür und auf der Wand eine Stärke von 1,2 Centimeter besaßen. Die Wand war zunächst unten auf eine Ziegelseite flachschicht aufgesetzt, die aber vier Wochen nach Herstellung der Versuchskonstruktion entfernt wurde, so daß die Wand tatsächlich freischwebend zwischen den Pfosten aufgehängt war. Wie das mir vorliegende Original des amtlichen Prüfungsattestes ergibt, wurde die Senkung der Wand am Prüfungstage, etwa 24 Stunden nach Entfernung der Flachschicht, so ausgerechnet, daß die Senkung nur 2 bzw. 3 Millimeter betrug; die Last wurde also nicht von der Flachschicht und dem darüber liegenden Erdreich, sondern von den Pfosten getragen.

Vor der Belastungsprobe wurde des Erdreich unter der Wand etwa 2,50 Meter breit und 50 Centimeter tief ausgehoben. Dann wurden mit Hilfe verschiedener zweimütziger Vorrichtungen die Lassen an Drahtseilen und eisernen Rahmen aufgehängt und die Senkungen wieder zu beiden Seiten der Türzarge gemessen. Bei 1300 Kilogramm Belastung ergab sich eine Senkung von 3 Millimeter, bei 3710 Kilogramm 9 Millimeter und bei 5110 Kilogramm 13 Millimeter Senkung. Nach Entlastung verengerte sich die Senkung auf 8 Millimeter. Risse oder sonstige zerstörungsscheinungen wurden nicht wahrgenommen.

Ehr interessant waren die Erschütterungsversuche. Erst nach einem wahren Bombardement mit einer 50 Kilogramm schweren eisernen Kugel begannen die Gießsteine die ersten Risse zu zeigen. Die Kugel war mittels eines Tores an den vorerwähnten Querbalzen aufgehängt, der die beiden Pfosten verband. Um die Schläge auf eine größere Fläche zu verteilen, wurde zwischen Kugel und Wand eine eichene Woche von 2,70 Meter Länge und 25 Centimeter Breite aufgehangt, gegen welche nun die Kugel aus Entfernung von 1 bis 2 Metern geschleudert wurde. 50 solcher Schläge mit der 50 Kilogramm schweren Kugel aus 1 und 1,50 Meter Entfernung hatten nur Zugsrisse zur Folge. Bei Fortsetzung des Bombardements aus 2 Metern

Entfernung begannen jedoch die Steinplatten zu reißen. Nach Ausführung von 60 Schlägen aus dieser Entfernung neigte sich die Wand. Diese Erschütterungsversuche waren aber insofern recht ungünstig, als sie gegen die frei schwebende Wand ausgeführt wurden, während man in der Praxis die freitragende Wand auf die Balkenlage setzen und oben zwischen der nächsten Balkenlage einzspannen würde. Warum sollte man günstige Faktoren, deren Anwendung absolut keine Mehrkosten verursachen, nicht zusammen wirken lassen, wenn die Umstände dies gestatten?

Ich komme nun zu der zweiten Prüfung, durch welche festgestellt werden sollte, wie sich die freitragenden Steinwände im Feuer verhalten. Es wurde ein Versuchshäuschen aus Locheisenplatten in Kalkmörtel mit Zementzusatz errichtet. Die wagerechten Rundseile lagen in jeder zweiten Luge. Das Häuschen war auch oben mit Locheisenplatten abgedeckt und bestand aus zwei Räumen, die durch eine gepauste freitragende Steinwand voneinander getrennt waren. Im Versuchsräum befanden sich 6 Kubikmeter gepaustes Ziegelholz, die mit Petroleum übergossen und entzündet wurden. Das Feuer wurde durch Nachschütteln von etwa 1 Kubikmeter Holz eine Stunde lang in voller Glut erhalten, dann wurde der volle Strahl des Hohlrances gegen die Wandfläche im Innern des Brandraumes gerichtet — endlich wurde die Flamme gelöscht. Der Versuch zeigte folgende Ergebnisse. Nach etwa 6 Minuten Brenndauer begann sich das Dach über der Tür des Brandraumes an beiden Ecken abzuheben. Die innere, der Glut benachbarte ausgesetzte gepauste Wand wurde rissig. Der Fuß war schon nach wenigen Minuten abgesunken. Nach 25 Minuten Brenndauer zeigte sich an der rechten Wand des Brandraumes ein durch Steinplatten und Riegel bis zum Dach verlaufender Riß und nach etwa 35 Minuten hatten auch in der linken und vorderen Wand des Brandraumes einzelne Steinplatten Risse bekommen. Beim Anprühen der heißen Wände blieben die Steinplatten unverändert, die Hitze hatte bis zu 1100 Grad Celsius erreicht. — Man darf bestätige Wände also ebenfalls als feuersicher bezeichnen.

Entfernung begannen jedoch die Steinplatten zu reißen. Nach Ausführung von 60 Schlägen aus dieser Entfernung neigte sich die Wand. Diese Erschütterungsversuche waren aber insofern recht ungünstig, als sie gegen die frei schwebende Wand ausgeführt wurden, während man in der Praxis die freitragende Wand auf die Balkenlage setzen und oben zwischen der nächsten Balkenlage einzspannen würde. Warum sollte man günstige Faktoren, deren Anwendung absolut keine Mehrkosten verursachen, nicht zusammen wirken lassen, wenn die Umstände dies gestatten?

Ich komme nun zu der zweiten Prüfung, durch welche festgestellt werden sollte, wie sich die freitragenden Steinwände im Feuer verhalten. Es wurde ein Versuchshäuschen aus Locheisenplatten in Kalkmörtel mit Zementzusatz errichtet. Die wagerechten Rundseile lagen in jeder zweiten Luge. Das Häuschen war auch oben mit Locheisenplatten abgedeckt und bestand aus zwei Räumen, die durch eine gepauste freitragende Steinwand voneinander getrennt waren. Im Versuchsräum befanden sich 6 Kubikmeter gepaustes Ziegelholz, die mit Petroleum übergossen und entzündet wurden. Das Feuer wurde durch Nachschütteln von etwa 1 Kubikmeter Holz eine Stunde lang in voller Glut erhalten, dann wurde der volle Strahl des Hohlrances gegen die Wandfläche im Innern des Brandraumes gerichtet — endlich wurde die Flamme gelöscht. Der Versuch zeigte folgende Ergebnisse. Nach etwa 6 Minuten Brenndauer begann sich das Dach über der Tür des Brandraumes an beiden Ecken abzuheben. Die innere, der Glut benachbarte ausgesetzte gepauste Wand wurde rissig. Der Fuß war schon nach wenigen Minuten abgesunken. Nach 25 Minuten Brenndauer zeigte sich an der rechten Wand des Brandraumes ein durch Steinplatten und Riegel bis zum Dach verlaufender Riß und nach etwa 35 Minuten hatten auch in der linken und vorderen Wand des Brandraumes einzelne Steinplatten Risse bekommen. Beim Anprühen der heißen Wände blieben die Steinplatten unverändert, die Hitze hatte bis zu 1100 Grad Celsius erreicht. — Man darf bestätige Wände also ebenfalls als feuersicher bezeichnen.

Wenn über großen Hallen, z. B. über Festäulen, Restaurations- und Gesellschaftsräumen, Turnhallen usw. eine größere Zahl von Räumen geringerer Ausdehnung angelegt werden sollen, gleichzeitig welchem Zweck die selben zu dienen haben, so entstehen immer größere technische Schwierigkeiten. Man ist entweder auf ganz leichte Scheidewände, Drahtputzwände, Gipsdielenwände usw. angewiesen, die in vielen Fällen gar nicht in Betracht kommen können, oder man ist gezwungen, die Stein- oder Betonwände auf eisernen Träger zu setzen, die bedrängten Spannweiten durch eisernen Träger oder Säulen abgespannen werden müssen. Hier ist die Wahl einer freitragenden, von einer Tragwand zur andern gespannten Steinwand am Platze. Eine derartige 38 Centimeter starke freitragende Hohlsteinwand von 18 Meter Spannweite, ließ z. B. der Magistrat Berlin über der Turnhalle des Gemeinde-Doppelschule, Driesenerstr. 22, ausführen.

Die ursprünglich für Scheidewände geschaffene Konstruktion wird heut von großen Berliner Baufirmen häufiger zur Ausführung freitragender Giebelabschlüsse angewendet. Als Beispiel nenne ich das von den Architekten Cremer & Wolfenstein in Berlin ausgeführte neue Geschäftsbau von Julius Pintsch, Andreasstraße 71/72, und die Giebelwand im Maschinenraum für Gasmotoren in der Markthalle 10 in Berlin am Arminiusplatz. Beide Giebelwände sind ja alle günstigen Voraussetzungen für die Anwendung freitragender Steinwände vorhanden; denn die Frontwände der Straßen- und Hofseiten werden stets als starke tragende Wände konstruiert, so daß man zwischen ihnen die Giebelwände, event. unter Anwendung stärkerer Stundeisen, aufhängen kann.

Derartige Konstruktionen dürfen als ein wesentlicher Fortschritt in der modernen Bautechnik angesehen werden, und es ist klar, daß die Konstruktion auch sehr einfusionsfähig ist. Man vermag sie überall anzuwenden, wo man eine Belastung der Balkenlage, Gurttöpfen, Giebelwände usw. vermeiden, oder doch wesentlich verringern will, und sein Hindernis besteht, die Last auf Hauptwände oder Pfosten zu übertragen.

